

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 12 Dezember 2000

35. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

«Bethlehem – Jerusalem – Friede»



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischenthal

Alle Jahre gedenkt die Welt – bewusst oder unbewusst – an Weihnachten der Geburt des Gottessohnes Jesus Christus. Sein Geburtsort ist jenes kleine Nest 8 Kilometer südlich von Jerusalem, wo ihn Maria unter primitiven Bedingungen in einem Stall zur Welt brachte. Sein irdisches Leben endete auf dem Hügel Golgatha, an ein Kreuz geschlagen, unter dem Namen «Jesus der Nazoräer, der König der Juden». Der Seher Jesaja prophezeit Jesus als kommenden Friedensfürsten.

Weihnacht – die Geburtstagsfeier Jesu

Die frühe Christenheit feierte den Geburtstag Jesu am 6. Januar. Im Jahr 354 wurde die Feier auf den 25. Dezember verlegt. Man übernahm das Datum des römischen Reichsfestes für den heidnischen Sonnengott «Sol» (griechisch «Helios»). So wurde Christus als der wirkliche Sonnengott (Sol invictus) gefeiert.

Dem Austauschen von Weihnachtsgeschenken liegt wohl das Gefühl der Dankbarkeit zu Grunde. Wer das Geschenk der Erlösung durch den Glauben an Jesus

Schöne Festtage und ein gutes neues Jahr!

Im Namen der SD-Geschäftsleitung wünschen wir allen ruhige und besinnliche Festtage. Wir danken für Ihr Interesse an unserer Partei und freuen uns, auch weiterhin auf Ihre Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat zählen zu dürfen.

Christus empfangen hat, zeigt seine Dankbarkeit dafür durch milde Gaben an Arme und Geschenke an seine Nächsten.

Bedauerlich ist, dass sich im Vorfeld von Weihnachten ein riesiger Einkaufsrummel etabliert hat, welcher immer mehr das Grundanliegen von Weihnachten verdrängt, nämlich das Gedächtnis an die Geburt des Erlösers – an die Botschaft, dass Gott in Jesus Christus Mensch geworden ist.

Wenn der Detailhandel die Zeit vor Weihnachten als umsatzreichste Periode des Jahres nutzt, hat dies wenigstens jene positive Folge, dass auf allen Kontinenten von Weihnachten und von der Herkunft dieser Feier gesprochen wird.

Jesus der Nazoräer, der König der Juden

Es war Pilatus, der Statthalter des römischen Kaisers in Jerusalem, welcher am Kreuz Christi eine Tafel anbringen liess, wo in Latein, Griechisch und Hebräisch geschrieben stand: «Jesus der Nazoräer, der König der Juden». Pilatus meinte dies nicht etwa ironisch – im Gegenteil. Seine Gespräche mit Jesus mussten ihn davon überzeugen haben, dass Jesus nichts Todeswürdiges verbrochen hatte. Erst als die Hohenpriester der Juden eine Klage an den Kaiser in Rom angedeutet und das Volk zu einer Geschrei-Demo aufgewiegelt hatten, wusch Pilatus seine Hände in Unschuld, liess Jesus geisseln und ans Kreuz schlagen. Zum Ärger der Hohenpriester blieb die Tafel während der ganzen Kreuzigung über dem Haupte Jesu hängen, und all die Leute, welche über den viel begangenen Weg zogen, konnten diese Worte lesen und später bezeugen.

Jerusalem – Stadt der Städte

Zur Zeit des Stammvaters Abraham hiess der Ort, wo heute Jerusalem liegt, «Salem», das heisst «Friede». Für die Moslems ist Jerusalem heute «El-Kuds», was mit «Die Heilige» übersetzt werden kann.

Herzliche Gratulation zur Wahl!

Wir gratulieren den in letzter Zeit in den Basler Grossrat, den Berner Stadtrat, den Ostermündiger Gemeinderat und den Wiler Gemeinderat gewählten SD-Vertreterinnen und -Vertretern herzlich zu ihrer Wahl:

Dieter Beyeler, Stadtrat Bern
Markus Borner, Grossrat Basel
Hans-Rudolf Brodbeck, Grossrat Basel
Peter Bühler, Stadtrat Bern
Margrit Buser, Grossrätin Basel
Patrick Cattin, Grossrat Basel
Wilfried Gasser, Gemeinderat Ostermündigen
Walter Hammel, Grossrat Basel
Lydia Riesen, Stadträtin Bern
Hans-Jörg Bärtschi, Gemeinderat Ostermündigen
Hans Wohlwend, Gemeinderat Wil

Für die weitere Parlamentsarbeit wünschen wir Euch allen viel Erfolg!

Bernhard Hess, Nationalrat, und Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident

Für drei Weltreligionen ist Jerusalem von besonderer Bedeutung: Die Juden verehren Jerusalem als ehemalige Tempelstadt, wo Salomo 960 v. Chr. den Tempel einweihen konnte. Während der Gott Israels früher im beweglichen Heiligtum der Stiftshütte wohnte, fand er im Tempel einen bleibenden Ort seiner Herrlichkeit. Der letzte Tempel wurde 70 n. Chr. von den Römern dem Erdboden gleichgemacht. Orthodoxe Juden planen den Wiederaufbau des Tempels in Jerusalem. Allerdings gibt es ein Problem: Auf dem ehemaligen Tempelplatz stehen zwei Heiligtümer der Moslems, der Felsendom und die El-Aqsa-Moschee. Der Felsendom steht an der Stelle, wo nach jüdischer Überlieferung die Bundeslade gestanden haben soll. Die Moslems glauben, dass von dort aus Mohammed in den Himmel auffuhr. Für die Christen ist Jerusalem der Ort des Wirkens und des Todes von Jesus Christus.

Jerusalem – der Zankapfel

Nicht nur religiöse Gegebenheiten machen Jerusalem zum Zankapfel. Spätestens seit den Gipfeltreffen von Camp David ist deutlich geworden, dass Erfolg oder Misserfolg des politischen Nahost-Frie-

densprozesses davon abhängen, ob zwischen Palästinensern und Israelis eine einvernehmliche Lösung für den Status der Stadt Jerusalem gefunden werden kann oder eben nicht. 1980 ist Jerusalem zur ewigen und ungeteilten Hauptstadt Israels erklärt worden. Die Palästinenser fordern den Ostteil Jerusalems als Hauptstadt ihres angekündigten Staates. Die momentanen Gewalttätigkeiten entflammten über der politischen Frage, wer die

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Opposition ist angesagt
- 3 Leben und Umwelt
- 5 SD im Nationalrat
- 7 Skinhead + Punk = Nazi – Punk: eine Deckungsgleichheit
- 8 Veranstaltungskalender
- 11 Zur Wahl von Bundesrat Samuel Schmid
- 12 Der Leser hat das Wort

«Bethlehem – Jerusalem – Friede»

Fortsetzung von Seite 1

volle Souveränität über den Tempelberg innehaben dürfe. Zank ist wohl auf lange Sicht programmiert.

Jerusalem – Laststein für alle Völker

Ein ernstzunehmender Vorschlag zu einer Kompromisslösung für den Status von Jerusalem heisst: Teile der Stadt – vor allem die Altstadt und der Tempelberg – sollten unter die Kontrolle des UNO-Sicherheitsrates gestellt werden. Damit nähert sich die Entwicklung der Erfüllung des Prophetenwortes aus Sacharja (Sach. 12, 1–3), wo es heisst: «So spricht der Herr, der den Himmel ausgespannt und die Erde gegründet und den Geist im Menschen gebildet hat: Siehe ich mache Jerusalem zur Taumelschale für alle Völker ringsum; auch über Juda wird es kommen bei der Belagerung von Jerusalem. An jenem Tage mache ich Jerusalem für alle Völker

zum Laststein, an dem sich alle, die ihn aufheben wollen, wundreissen werden, und alle Völker der Erde werden sich zusammentun wider die Stadt.»

Jerusalem wird vorderhand eine Stadt des Streites bleiben.

Jerusalem – Hauptstadt des Friedens?

Es wird wohl noch lange dauern, bis Jerusalem die heilige Stadt des Friedens sein wird. Nach den biblischen Propheten müssen noch schwere Kriegszeiten, wirtschaftliche Krisen und menschliches Elend geschehen, bis mit der Wiederkunft Christi sein Friede auf dieser Erde Einzug halten wird. Wer sich in die Lektüre der Bibel vertieft, wird Erstaunliches über die Zukunft der Menschheit und über die Ereignisse rund um Jerusalem erfahren. Der christliche Glaube befähigt, trotz dunkler Wolken am politischen Himmel, voller Zuversicht und Hoffnung leben zu können. Mit Weihnachten ist diese Botschaft in die Welt gekommen und hat 2000 Jahre überdauert.

neue jugoslawische Präsident Kostunica hat erklärt, dass sein Land bald der EU beitreten wolle.

Und die EU tut alles, um Jugoslawien hoffähig zu machen. Wir «dummen» Schweizer (mindestens die Mehrheit, die dem zugestimmt hat) haben in einer Volksabstim-

mung den freien Personenverkehr mit der EU beschlossen. Da zeichnen sich dunkle Wolken am Himmel ab. Wenn auch die Leute aus dem Balkan den freien Personenverkehr mit der Schweiz haben, dann gute Nacht Schweiz!

Rudolf Keller, Frenkendorf

Opposition ist angesagt!

Im Telegrammstil nehmen wir Schweizer Demokraten in dieser Medienmitteilung vom 23. November 2000 Stellung zu aktuellen Fragen in Bund und Kanton, damit dokumentiert wird: es gibt auch andere Meinungen in unserem Thurgau! (ging an alle Redaktionen)

Integration von Ausländern

Es ist unsinnig, Integrationsunwilligen eine Integration regelrecht aufzudrängen. Sprachschulen können ein Liedlein singen von teuren und von Sozialwerken (z.B. AL) bezahlten Deutschkursen, die Ausländer gar nie benutzen. Viele sind zu faul, andere sehen Sinn und Zweck nicht ein. Darum: Integration ist nur möglich, wenn Ausländeranteile nicht zu hoch sind. Millionenschwere Kosten aller Art für Ausländer aber müssen prinzipiell nach dem Verursacherprinzip überwältigt werden. Hier sollen jene zahlen, die Ausländer beschäftigen und oder ins Land holen!

Einbürgerung von Ausländern

Ein Recht auf Einbürgerung darf es nie geben! Eine Rekursinstanz gegen ablehnende Einbürgerungsentscheide aber ist nichts anderes. Ein Einwanderungsland sind wir nicht und werden wir nie sein. Das Volk soll bestimmen, wer eingebürgert wird! Weitere Erleichterungen der Einbürgerung sind strikte abzulehnen.

Bundesrätlicher Elektrosmog-Wahnsinn

Obwohl in unserem Lande «die letzte Meile» (örtliche Telefonzentrale bis Hausapparat) vollständig verkabelt ist, hat der Bundesrat Funktelefon-Lizenzen an ausländische Gesellschaften für diese letzten Meilen versteigert und mit den Millionen die marode Jahresrechnung von Bundesrat Villiger aufpoliert! Das ist ein handfester Skandal, denn der Bundesrat ist auch verantwortlich für die Volksgesundheit. Zu den Funk-Magnetfeldern bis auf den Nachttisch (letzte Meile) kommen noch mehr Elektrosmog von Handys, einem UMTS-Wahnsinn und weiteren Geräten. Geplant sind heute schon 1200 zusätzliche Antennen. Bleibt die Frage, ob dem Bundesrat jedes Mittel recht ist, um Kasse zu machen? Und wo bleibt die Volksgesundheit?

Grenzenloser Deiss und Ogi!

«Noch mehr öffnen und mitbestimmen», heisst die alte Leier von Bundesrat Deiss; ohne Rücksicht auf Volksentscheide und Neutralitätswillen des Volkes! Der Herr Professor weiss es besser; «Mitbestimmen» ist für ein kleines Land wie die Schweiz nicht nur in der EU eine gewaltige Illusion. Natürlich dürfen wir noch kräftiger mitzahlen! Der UNO sollen wir beitreten, Diktator und Menschenchinder China gibt im Sicherheitsrat den Ton an. Wie steht es mit der Freiheit im Tibet und Nationalchina, der Glaubens- und Meinungsfreiheit in Rotchina? Herr alt Bundespräsident Ogi ist stolz auf das Lob von Clinton; wir aber wollen eine Milizarmee, von allen getragen, sichere Grenzen und keine «Eimischung in fremde Händel»!

Vom Zug- zum Cityvogel mit Katamaran

Wenn Regierungsrat H. Lei und sein Chefbeamter Werner Müller an die Medien treten und von neuen Zugverbindungen und einer weiteren Steigerung des öffentlichen Verkehrs predigen, entsteht der Eindruck, dass dieser Verkehr weder Kosten noch Umweltbelastung verursacht...

Wir aber fragen: Warum bezahlt der Thurgau heute schon den 4. Zugvogel alleine, ohne Konstanz? Warum werden die Zugverbindungen für den Raum Romanshorn nicht im gleichen Masse gefördert? Warum muss überhaupt dafür gesorgt werden, dass der Thurgau noch mehr zum Schlafkanton wird? Warum sollen deutsche Pendler aus dem Raume Singen und Konstanz bis hin zu Lindau-Bregenz (via Katamaran) die stündliche Möglichkeit bekommen, nach Winterthur, Flughafen, Oerlikon und Zürich zu pendeln? Sollen sie helfen, den Flugverkehr ins Unerträgliche zu steigern? Sollen Sie helfen, mit tieferen Lebenskosten die Löhne zu drücken? Wann beginnt unsere Regierung zu verstehen, dass nur dann eine Leistung erhöht werden soll, wenn eine Nachfrage ausgewiesen ist? Viele Pendler wünschen sich am Morgen und am Abend einen dichteren Fahrplan und ganz gewiss keine Ausdehnung des kostenintensiven Taktfahrplanes während 24 Stunden.

Dänemark: Kein Chaos trotz Euro-Nej



Neun Wochen nach dem Nein der dänischen Stimmbürger zum Euro ist noch keine der düsteren Prognosen der Euro-Befürworter eingetroffen.

Steigende Zinsen, steigende Mieten, ein Milliardenloch im Staatsäckel und weniger Geld für die Wohlfahrt: Mit düsteren Prognosen über die Folgen eines Neins zum Euro hatten sich die Ja-Propa-

gandisten vor dem dänischen Referendum zur Währungsunion nicht zurückgehalten. Jetzt, neun Wochen später, scheinen die Euro-Gegner Recht behalten zu haben, die damals prophezeiten, dass Dänemark ein «Nej» problemlos verkraften könne. Die Schreckensszenarien, die die Regierung und die Ja-Lobby aus Industrie, Banken und Gewerkschaften entworfen, haben sich bisher nicht bewahrheitet.

Lydia Riesen, Stadträtin SD, Bern

Unbezahlte Arztrechnungen: Gute Nacht Schweiz!

Im Abstimmungskampf um die 18%-Initiative hiess es immer wieder, dass unser Gesundheitswesen ohne die Hilfe der lieben Ausländer zusammenbrechen würde. Einem Artikel der Neuen Luzerner Zeitung vom 10. November 2000 entnehmen wir aber andere Fakten: **Da wird zum Beispiel festgehalten, dass ein Arzt aus Emmen im Oktober 40 Mahnungen für ausstehende Rechnungen hatte. Die Hälfte davon betrafen Ausländer.** Und zwei Drittel dieser Rechnungen würden wohl für immer offen bleiben. Ein anderer Arzt ärgerte sich über Asylbewerber, die einfach nach Hause zurückgekehrt seien, ohne die Arztrechnungen zu bezahlen. So sagt dieser Arzt: «Ich

musste sogar feststellen, dass gewisse zuerst noch die ganze Familie vorbeigeschickt haben, bevor sie abgereist sind.» Allenthalben herrscht unter den Ärzten Resignation, denn es wird festgestellt, dass bei Leuten, welche in den Balkan zurückgekehrt seien, Rechnungen nie mehr bezahlt werden. Man sei nicht in der Lage, deren Adressen ausfindig zu machen, geschweige denn, wenn man die Adresse hat, Rechnungen einzutreiben. Bei diesen Fakten wundert es niemanden mehr, dass unsere Krankenkassenprämien ständig steigen, denn irgendwer muss ja diese Ausfälle bezahlen. Dies übernehmen sicher nicht die Ärzte!

Wir dürfen uns freuen, denn der



Folge der Massimmigration:

Immer mehr Invaliditätsfälle!

Eine der neusten Ausgaben der Schweizerischen Ärztezeitung (Nr. 17 vom 22. November 2000) ist unter dem Obertitel «Balkankonflikt und Immigrationskreuzschmerz» ganz dem Problem gewidmet, dass in der Schweiz immer mehr Patienten invalid erklärt werden müssen und der Anteil der Ausländer unter ihnen ansteigt. Allein von 1998 bis 1999 nahm die Gesamtzahl der versicherungsmässigen Invalidisierungen in der Schweiz um rund die Hälfte zu! Nach einer nun in der Ärztezeitung veröffentlichten Untersuchung aus dem Kanton St. Gallen nahm der Anteil Ausländer unter ihnen im Zeitraum 1994 bis 1999 von 25 auf 34% zu!

Der Hauptteil der Artikel, die in der betreffenden Ausgabe der Ärztezeitung veröffentlicht wurden, besteht aus Vorträgen, die an einer im März dieses Jahres in der Rheumaklinik Valens abgehaltenen ärztlichen Fortbildungstagung gehalten wurden. Ein Beitrag stammt auch von einem Psychiater, der nicht an der Valenser Tagung teilgenommen hat.

Obschon der Chefredaktor Dr. M. Trutmann eifrig versucht, in seinem Editorial die politische Sprengkraft der vorliegenden Befunde möglichst herunterzuspielen, ist die Erkenntnis für den Leser der Beiträge klar: die Massimmigration macht die Menschen im-

mer anfälliger für Invalidität! Zu kritisieren ist die in manchen Artikeln zum Ausdruck kommende Tendenz, nicht die Migration an sich, sondern die Bürgerkriege auf dem Balkan für die zunehmenden Invaliditätsfälle verantwortlich zu machen. Sie kommt ja auch im Titel «Balkankonflikt und Immigrationskreuzschmerz» zum Ausdruck. Aber die Annahme, es sei der Krieg, der an der Wurzel der Entwicklung stünde, ist zu oberflächlich. Zwar kommt ein grosser Teil der Neuinvaliden aus einem Kriegsgebiet. Wir wissen aber von älteren wissenschaftlichen Studien aus einer Zeit, da die Immigranten in die Schweiz vorwiegend aus Italien und Spanien kamen, dass bei ihnen ebenfalls eine signifikant grössere Häufigkeit von Invalidität nachzuweisen war, und in Italien und Spanien herrschte damals ja kein Krieg. Heute ist der Einwandererstrom aus diesen Ländern weitgehend versiegt, und jene Einwanderer haben sich hier weitgehend eingelebt. Dennoch ist ihr Anteil an den Invaliden immer noch ziemlich hoch. Es ist also nicht der Krieg, sondern die kulturelle, sprachliche und soziale Entwurzelung, die eine verstärkte An-

fälligkeit für Invalidität bewirkt! Ein Wort noch zur Tatsache, dass in der letzten Zeit die Zahl der Invaliditätsfälle auch unter Schweizern zunimmt. Viele Schweizer sind heute durch die Massimmigration in der Schweiz ebenfalls enturzelt. Ich hatte z. B. den Fall eines Patienten, der als einziger Schweizer in der Kehrriktabfuhr (auch die gibt es!) unter lauter muslimischen Arbeitskollegen jugoslawischer und türkischer Nationalität arbeiten musste! Auch ein solcher Patient ist enturzelt!

Die erhöhte Anfälligkeit für Invalidität ist Teil des sogenannten Entwurzelungssyndroms. Häufigste Begründung für die zahlreichen Invalidisierungen sind Rückenschmerzen. Nun ist das Entwurzelungssyndrom zwar zur Hauptsache ein psychisches Phänomen. Aber die modernen Erkenntnisse der psychosomatischen Medizin erklären zur Genüge, wie seelische Belastungen sich auch in körperlichen Schmerzen umsetzen können.

*Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
Facharzt für Psychiatrie FMH,
Dübendorf*

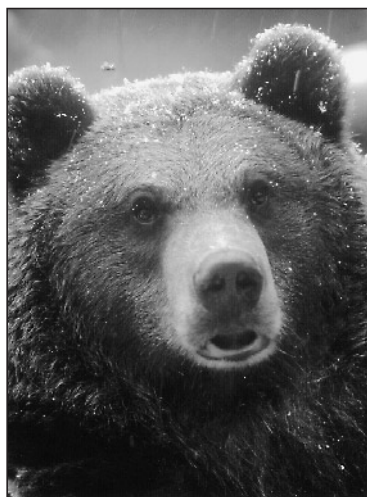
Was heisst hier schon Raubtier?

Hand aufs Herz: Denken auch Sie beim Stichwort «Raubtier» sofort an Luchs, Bär und Wolf? Eigentlich seltsam, sagt Pro Natura, denn schliesslich sind auch Marienkäfer, Eichhörnchen oder Steinadler Raubtiere. Die Naturschutzorganisation will mehr Verständnis für natürliche Nahrungsbeziehungen wecken.

Der Luchs, Tier des Jahres 2000, ist in aller Munde. Manche neiden ihm die Rehe, die er frisst. Warum aber redet niemand vom Steinadler, dem Murmeltier-Spezialisten? Wer weiss überhaupt, dass das putzige Eichhörnchen ganz gerne Jungvögel verspeist? Pro Natura will mit ihrem neuen Sonderheft «Was heisst hier schon Raubtier?» das Verständnis für natürliche Nahrungsbeziehungen fördern. Nur so wird ein entkrampfteres Verhältnis zu allen Raubtieren möglich – auch zu den grossen.

Fleischfresser sind keine «Räuber»

«Wir sind uns oft nicht bewusst, dass zahlreiche Tierarten in unserem engsten Lebensumfeld genauso von Jagd und Beute leben wie der Wolf oder der Luchs», erklärt Pro-Natura-Biologe Urs Tester. Ob die Meise eine Raupe oder der Igel einen Tausendfüssler erlegt – es geht allemal genauso um eine Nahrungsbeziehung wie zwischen Luchs und Reh. Mit einem gewichtigen Unterschied allerdings: Die Beute von Meise



Braunbär (Foto: Pro Natura)

und Igel ist nicht gleichzeitig auch Beutetier für den «Räuber» Mensch.

Regulation ist nicht nötig

Raubtiere kennen erstaunliche arteigene Mechanismen, um nicht einfach immer zahlreicher zu werden. Beim Adler schlüpfen bei hohen Beständen weniger Jungvögel, der Luchs ist an ein Revier gebunden, das Wiesel wird durch die Höhe der Mausbestände «reguliert». So entstehen schwankende, aber jederzeit angemessene Raubtierbestände – ohne jeden Eingriff des Menschen. Das Pro Natura Spezial «Was heisst hier schon

Kein Heroin auf Kosten der Krankenkassen!

Die Vereinigung Ärzte gegen Drogen hat am 24. August in Zürich ihre diesjährige Generalversammlung abgehalten. Neben den Routinegeschäften war vor allem der Plan des Departements Dreifuss, die Kosten der Heroinabgabe an Süchtige den Krankenkassen aufzubürden, Gegenstand der Diskussion. Die Versammlung hat mit Empörung von diesem Plan Kenntnis genommen. Die Generalversammlung gelangte zum einstimmigen Beschluss, das Vorhaben kategorisch abzulehnen und es mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen.

Die Substanz Heroin erfüllt in keiner Weise die Voraussetzungen, um als Heilmittel anerkannt zu werden. Hierzu müsste ein annehmbares Verhältnis der bezweckten Heilwirkung zu den Nebenwirkungen und Nachteilen

nachgewiesen werden, auch gegenüber den bisher alternativ eingesetzten Medikamenten.

Heroin hat überhaupt keine Heilwirkung auf Abhängige, sondern trägt im Gegenteil nur zu Verlängerung einer an sich heilbaren Krankheit bei. Die Krankheit besteht im Kern eben genau darin, dass sich ihr Körper und Geist in krankhafter Weise an die tägliche Versorgung mit der in höheren Dosen versungen tödlich wirkenden Substanz gewöhnt hat. Mit dem ärztlichen Ethos ist die Heroinabgabe unvereinbar!

Kostenübernahme durch Kassen fördert den Konsum. An vielen Beispielen (Alkohol, Tabak, Drogen) ist belegt, dass eine Verteuerung des Suchtmittels direkt zu einer Reduktion des Konsums führt und umgekehrt. Den Süchtigen von den Kosten zu entlasten, ist deshalb aus präventivmedizinischer Sicht das Verkehrteste, was man tun kann.

Deshalb unterstützen wir das Ansinnen der Krankenkassen, die Bezahlung abzulehnen. Bereits die Kostenübernahme der Methadonabgabe ist ein fragwürdiges Unterfangen, entstanden aus massivem politischen Druck.

Wissenschaftliche Erkenntnisse und nicht politische Pressionen sollten weiterhin die Grundlage ärztlichen Handelns bleiben.

Schweizer Ärzte gegen Drogen

Raubtier» zeigt die Welt der «Raubtiere» aus ungewohnter Perspektive und erklärt mit verblüffenden Denkspielen, wie unerwartet sich Eingriffe in Raubtierbestände auswirken können.

Pro Natura

Das Pro Natura Spezial «Was heisst hier schon Raubtier?» erhalten Sie gegen eine an Sie adressierte Klebetikette und Fr. 3.– in Briefmarken bei: Pro Natura, Postfach, 4020 Basel

Stärkere Erderwärmung befürchtet

Bis zu sechs Grad in den kommenden 100 Jahren

Washington, 26. Okt. (Ap): Die Erde wird sich nach Ansicht von Wissenschaftlern wesentlich stärker erwärmen als bisher angenommen. Die internationale Wissenschaftlergruppe IPCC, die im Auftrag der Vereinten Nationen den Klimawechsel erforscht, kommt in ihrem neuesten Bericht ausserdem zu dem Schluss, dass die von Menschen verursachte Umweltverschmutzung einen «wesentlichen Beitrag» zum Treibhauseffekt leistet. Sollte der Ausstoss der Treibhausgase weltweit nicht sinken, prophezeien sie für die kommenden 100 Jahre einen Temperaturanstieg bis zu sechs Grad Celsius. Die Forscher sind sich zudem einig, dass die Treibhausgase bereits für die Erderwärmung der vergangenen 50 Jahre verantwortlich sind.

Die hohe Prognose für die künftige Erderwärmung begründen sich auch mit dem künftig niedrigeren Ausstoss von Sulfaten. Diese hatten eine kühlende Wirkung auf das Klima, sollen wegen anderer Umweltbedenken jedoch reduziert werden.

«Dieser Bericht sagt ganz deutlich, dass die globale Erwärmung ein wirkliches Problem ist, das wir bei unseren Zukunftsplänen berücksichtigen müssen», sagte Kevin Trenberth, Chef der Abteilung für Klimaanalyse beim amerikanischen Zentrum für Atmosphärenforschung.

Der IPCC-Bericht wird in dieser Woche weltweit an die Regierungen geschickt, im Frühjahr kommenden Jahres, soll er von der UN-Konferenz gebilligt werden.



Wenigstens ein gnädiger Tod!

Nur zwanzig Minuten hat die Fahrt der beiden jungen Rinder von ihrem Bergheimet im Euthal bis zum Betäubungsschuss im Schlachthof in Einsiedeln gedauert. Keinen Moment waren die Tiere zudem allein auf der Fahrt, der Bauer hat sie begleitet. Wenn es einen gnädigen Tod für Schlacht-tiere gibt, dann so.

Leider gehen die meisten Tiere einen anderen Weg in den Tod. Stundenlanges Herumkarren ist die Regel, unterbrochen von Halts zum Zu-, später zum Entladen, in den Schlachthöfen. Eine Fahrt durch die Hölle für sie in jedem Fall, aber leider eine Praxis, die sich im Zuge rationeller Fleischproduktion und Kostenersparnis immer mehr durchsetzt.

Bereits 1999 hat sich die Nutztier-schutz-Organisation kagfreiland dagegen zur Wehr gesetzt. Mit ihrem Projekt «Alpenfleisch statt

Tiere transportieren» hat sie gezeigt, dass es auch anders geht. Der kürzeste Weg vom heimischen Stall zum Schlachthof ist der beste für die Tiere und zudem der einzig mögliche unter dem Aspekt des Tierschutzes. Noch gibt es im Berg-gebiet zahlreiche kleine Schlacht-anlagen, welche kurze Transporte ermöglichen. In Graubünden ist das kagfreiland-Projekt vergangenes Jahr deshalb mit Erfolg angelaufen; jetzt ist es in der Innerschweiz so weit. Kagfreiland-Bauer Xaver Reichmann aus Alpthal machte damit den Anfang. Der Schlachthof in Einsiedeln ist einer von hundert in der ganzen Innerschweiz. Er ist noch voll betriebs-fähig, trotzdem droht ihm die Schliessung, wenn im Jahr 2005 strengere Hygienevorschriften in Kraft treten. Die Einsiedler Ein-richtung ist zwar keineswegs unhygienisch, so wenig wie andere

Kleinbetriebe. Aber technokratische Hochrüstung ist ein Mittel, um die Warenflüsse zu zentralisieren, was beispielsweise den Grossverteilern nur recht sein kann.

Noch ist es nicht so weit. Wenn es kagfreiland gelingt, die Öffentlichkeit auch für Tierschutzanliegen im Bereich Schlachttransporte und Schlachtung in der Schweiz zu sen-

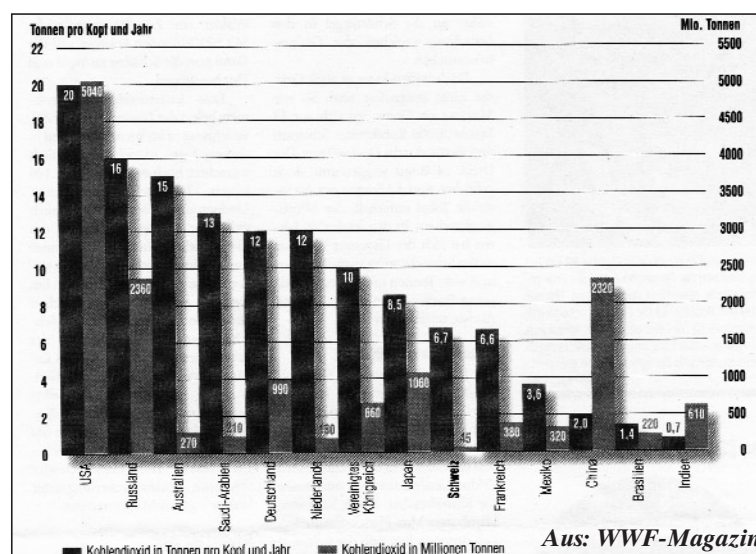
sibilisieren, so bleibt wenigstens einem Teil der Tiere auch in Zukunft ein sanfter Tod gewiss.



kagfreiland

Engelgasse 12a, 9001 St. Gallen

CO₂-Ausstoss im internationalen Vergleich



Nach der Nordsüd- nun auch die Ostwestlasterlawine

Die nach dem Zerfall des sogenannten Eisernen Vorhangs zu befeuchtende Lastwagenlawine auch in ostwestlicher Richtung ist da! 1999 wuchs die Zahl der die Alpen überquerenden schweren Lastwagen zwischen Nizza und Wien um 9 Prozent auf über 9 Millionen, und dies trotz der Sperrung des Montblanc-Strassentunnels! Sie beförderten zusammen insgesamt 107 Millionen Tonnen Fracht, was einer durchschnittlichen Transportmenge von knapp 12 Tonnen pro Laster entspricht. Der Jahresanstieg ist überdurchschnittlich. Der Eisenbahntransport verlor hingegen erneut Marktanteile.

Dies ergibt sich aus der Statistik, welche der Dienst für Gesamtverkehrsfragen veröffentlicht hat. Er erfasst sämtliche Daten des alpenquerenden Verkehrs in Frankreich, der Schweiz und Österreich. In zehn Jahren wuchs der Lastwagenverkehr um 60 Prozent, das beförderte Frachtgewicht um 56 Prozent. Die durchschnittliche Auslastung der Lastwagen hat also abgenommen. In denselben zehn Jahren hat die Bahnfracht hingegen nur mässig, nämlich um unter 20 Prozent, zugenommen. Von 1998 bis 1999 ist sie sogar geschrumpft. Ein guter Teil des Ost-West-Verkehrs mit Lastwagen fährt durch die Schweiz!

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 - 988 50 88
Telefax 071 - 988 67 61



SD zur Bundesratswahl

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit Befremden zur Kenntnis, dass infolge der Wahl des «liberalen» Berner SVP-Ständerates Samuel Schmid in die Landesregierung diese nach wie vor auf keinen einzigen Fürsprecher zählen kann, der die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz bewahren will und zudem den Asylrechtsmissbrauch und die Einwanderung eindämmen möchte. Mit der Wahl von Samuel Schmid in den Bundesrat wird somit die Einbindung breiter Bevölkerungskreise (der EU-, UNO- und NATO- und der Überfremdungsgegner) in die Regierungsverantwortung verhindert und somit die Konkordanz schlicht in Frage gestellt.

Bernhard Hess, Nationalrat und Chefredaktor

SD im Nationalrat in Kürze

SD-Erfolge: Der ökologische SD-Vorstoss von Bernhard Hess «Wiederverwertung von CD und CD-ROM» wird vom Nationalrat in seiner unverbindlicheren Postulatsform überwiesen. Erfreulicherweise befürwortet die Landesre-

gierung auch griffige Massnahmen gegen die neuartige Handy-Pistole, wie sie von Hess gefordert werden. Eine Dringliche SD-Interpellation zwingt den Bundesrat, eine Neubewertung des BSE-Risikos vorzunehmen. Hingegen lehnt der Bundesrat die SD-Motion, welche die Rückkehr zur alten deutschen Rechtschreibung fordert, ab (vgl. auch «Schweizer Demokrat» Oktober 2000). Eingereicht hat Bernhard Hess in der Wintersession zudem eine Interpellation, welche Auskunft über die geplante Aufhebung der Passkontrollen an der Grenze verlangt sowie eine SD-Motion, die den Strafvollzug im Heimatland bei ausländischen Straftätern regeln soll. (vgl. auch SD November 2000). Nicht dringlich erklärt wurde leider eine SD-Interpellation, welche den Verkauf der Satellitenanlage in Leuk an die amerikanische Verestar thematisieren wollte.

Trotz SD-Vorstoss: keine Rückkehr zur alten Rechtschreibung.

Die deutsche Rechtschreibung

Die deutsche Rechtschreibung

Neue furchtbare Waffe: Handy-Pistole



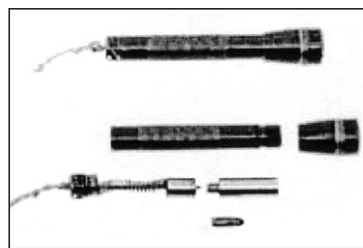
Geladen wird die Waffe durch Wegdrehen der Unterseite. Drückt man auf die roten Knöpfe, kann man viermal schießen.

Sie sieht aus wie ein High-Tech-Handy. Aber schon ein Tastendruck bringt den Tod – die Pistole im Mobiltelefon, eine neue furchtbare Verbrecherwaffe. Im Gehäuse sind vier Läufe verborgen. In jedem steckt eine Kugel (Kaliber 22). Zum Abfeuern wird auf die Tastatur gedrückt – wie beim Tippen einer Telefonnummer. Diese neue Art der Bewaffnung stellt für jeden Polizisten eine ungeheure Gefahr dar. Wie bisher nicht bekanntgegeben wurde, haben Beamte einen kroatischen Waffenhändler mit zehn solchen Schiess-Telefonen (Kaliber 22) dingfest gemacht. Er wollte sie in die Schweiz schmuggeln, zusammen mit 91 Pistolen, 26 Schalldämpfern und 400 Schuss Munition.

Gilt jetzt auf den Schweizer Flughäfen und an den Grenzübergängen infolge Einführung dieser neuen furchtbaren Verbrecherwaffe erhöhte Sicherheitsstufe? Welche zusätzlichen Massnahmen sehen die Sicherheitsbehörden vor, dieser neuartigen Waffe entgegenzutreten?

Antwort des Bundesrates

Den Bundesbehörden ist die Existenz dieser und anderer als Gebrauchsgegenstände getarnter Waffen bekannt. So gibt es neben Tarnungen als Mobiltelefone auch Taschenlampen, Feuerzeuge, Kugelschreiber oder Spazierstöcke. Sie fallen nach dem Waffengesetz unter die Kategorie der Waffen, deren Erwerb, Tragen, Vermitteln und Einfuhr verboten ist. In Europa sind mittlerweile in mehreren Ländern solche gefährlichen «Handy-Pistolen» sicherge-



Tödliche Taschenlampe: Auf den ersten Blick erkennt in dieser «Taschenlampe» nicht einmal der Profi eine Waffe. Ihr Innenleben zeigt aber: Statt Licht bringt die Lampe einen tödlichen Schuss.

stellt worden. In der Schweiz ist allerdings noch kein Fall bekannt. Die genannte Sicherstellung erfolgte nicht in der Schweiz oder an der Schweizer Grenze, und es ist unklar, ob der Transport für die Schweiz bestimmt war. Die Bundespolizei hat das betroffene Land um nähere Informationen ersucht, die derzeit noch ausstehen.

Sämtliche kantonalen Polizeikorps der Schweiz, die Grenzorgane und weitere relevante Stellen wurden von der Bundespolizei über die als Mobiltelefone getarnten Schiessgeräte orientiert. Die Zoll- und Grenzorgane haben ihre Instruktionen entsprechend ergänzt. Auf den schweizerischen Flughäfen werden die von den Flugpassagieren mitgeführten Mobiltelefone bei der Kontrolle des Handgepäcks einer systematischen Röntgenkontrolle unterzogen. Da sich das Innere eines solchen Schiessgerätes wesentlich von der Elektronik eines echten Telefons unterscheidet, können diese beim Röntgen zuverlässig erkannt werden. Das Kontrollpersonal ist seit dem Bekanntwerden der «Handy-Pistole» besonders sensibilisiert. Damit wird der von getarnten Schiessgeräten ausgehenden möglichen Gefahr wirksam begegnet.

Da das Tragen und die Einfuhr der genannten Waffen gesetzlich verboten ist, würden solche bei Feststellung beschlagnahmt und die Träger der Strafverfolgung zugeführt.

Neubewertung des BSE-Risikos

Aufgrund der akuten Gefahr, dass die Zahl der BSE-Fälle erneut zunehmen kann (Frankreich verzeichnet für das Jahr bereits 86 neue Fälle), bitte ich den Bundesrat um dringliche Beantwortung folgender Fragen:



8. Kann die Schaffung eines kontrollierten Qualitätsstandards von Fleischprodukten zur Wiedererlangung des Vertrauens des Fleischkonsumenten in Betracht gezogen werden?

Begründung

1. Wie bewertet der Bundesrat das aktuelle BSE-Risiko?
2. Welche Massnahmen werden zur Vermeidung neuer Infektionen mit BSE bei Rindern vorgenommen?
3. Werden diese Massnahmen auch auf andere Tierspezies ausgedehnt?
4. In welchem Masse werden Tests zur Vermeidung der Übertragung von BSE auf die Konsumenten von Fleischprodukten durchgeführt?
5. Welche Organe, die als infektiös erkannt oder vermutet werden, sind aus der Nahrungs- und Futtermittelkette zu entfernen?
6. Wie wird die Praxis beschlossener Massnahmen kontrolliert?
7. In welchem Masse kann Importfleisch im gleichen Sinne zuverlässig kontrolliert werden?

1990 wurde in der Schweiz die Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer verboten. 1995 wurden zwar noch 68 Fälle von BSE gemeldet, aber erfreulicherweise waren die Zahlen danach rückläufig. 1997 überwogen dann die Fälle von Rindern, die nach dem Verbot der Verfütterung von Tiermehl geboren worden waren. Insgesamt 20 der bis Mitte Dezember 97 registrierten 34 Fälle von BSE entfielen auf das Jahr, 1997. Dieses Jahr sind ebenfalls wieder neue Fälle bekannt geworden, nachdem das letzte Jahr die beträchtliche Zahl von 49 Fällen ausgewiesen hatte.

Die Antwort des Bundesrates steht bei Redaktionsschluss noch aus.

Frage Flavio Maspoli: Gelbmützen für die USA?

Wie kommt es, dass die schweizerische Regierung, die doch sonst immer unverzüglich und äusserst grosszügig hilft, noch nicht die notwendigen Schritte unternommen hat, um US-amerikanischen Wahlprüfern unsere Gelbmützen zu Hilfe zu schicken? Der leise amerikanische Hilferuf bringt das Unbehagen des Landes doch deutlich genug zum Ausdruck.

Man kann davon ausgehen, dass die US-amerikanischen Behörden, die selbst zu sehr damit beschäftigt

sind, den Rest der Welt zu überwachen, eine solche Hilfe dankbar annehmen würden.

Antwort des Bundesrates auf die ironische Frage:

Die Schweiz hat keine Anfrage für einen Gelbmützeinsatz in den USA erhalten. Sollte aber eine solche Anfrage eingehen, würde sie sorgfältig geprüft. Wir sind überzeugt, dass im Falle eines Einsatzes die Gelbmützen auch diesen Auftrag mit Erfolg ausführen würden.

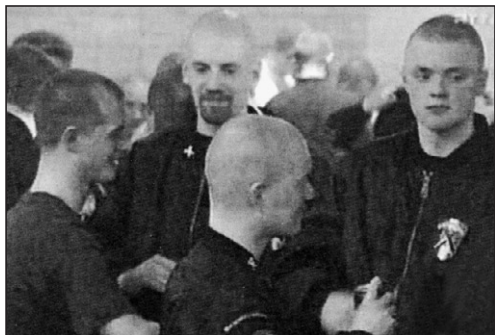
Blätterwald zitierten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Chaoten, die aufgrund der oben erläuterten philosophischen Bedeutung beider Gruppierungen fälschlicherweise ein politisches Stigma aufgesetzt erhalten. Bei solchen Handgreiflichkeiten ist nicht in erster Linie ein politisches Motiv Ursache der darauffolgenden Handlung; die gegenseitigen Provokationen und Schlägereien sind in etwa gleichzusetzen mit Tätlichkeiten und Raufereien sämtlicher Jugendkulturen innerhalb der letzten 40 bis 50 Jahre. Die älteren Leser mögen sich gewiss noch an die Zeiten erinnern, als Rocker und Popper, Teddys und Socs sich gegenseitig regelmässig «aufs Dach» gaben. Diese Banden- und Gruppen«kriegelein» wird es immer geben, solange die Jugend das Recht geniessen darf, jung zu sein und entsprechende Erfahrungen

zu sammeln. Gewiss, sobald sich Modalitäten äussern sollten, die in die Richtung des Terrorismus und anderer massiver Gewaltakte ausarten, bedarf es der vollen Härte des Gesetzes. Solange sich aber ausschliesslich Skinheads und Punks gegenseitig vermöbeln, sehe ich den Grund schon gar nicht ein, von Seiten einiger fragwürdiger Politiker und «Gutmenschen» ein Politikum zu inszenieren. Es stimmt mich hingegen nachdenklicher, wenn sich etliche Bundesparlamentarier in offensichtlicher Verbrüderung mit PKK-Sympathisanten und anderen unverbesserlichen Stalinisten zu einer Grossdemonstration versammeln, um gegen den Besuch eines demokratisch gewählten Bundeskanzlers unseres östlichen Nachbarlandes zu protestieren.

Alexander Nyffenegger,
JSD-Presseschef

JSD -Standpunkt

Skinhead + Punk = Nazi – Punk: eine Deckungsgleichung?



In Anbetracht der aktuellen Rechtsextremismus-Debatte ist es erforderlich, eine scharfe Grenze zwischen ideologischen Überzeugungstätern und – in der Regel – apolitischen Angehörigen der Subkultur «Skinhead-Bewegung» zu ziehen. Eine analoge Situation ist im Lager der den Skinheads spinnefeindlichen «Punks» und deren politischen Auguren, der ANTI-FA, auszumachen. Es gibt allenfalls einen Unterschied bezüglich der gegenseitigen Nutzbarmachung oder Annäherung zwischen den jeweiligen Chaoten und der Intelligenz, sprich ANTIFA oder Neue Rechte. Dies verhält sich so, dass die Elite der antifaschistischen Aktion in der Regel keinen Hehl aus ihren Beziehungen zu gewalttätigen Chaoten, darunter sehr viele Punker, macht, während die Neue Rechte sich eher von der Skinhead-Bewegung distanziert. Faktisch sind aber beide intellektuellen Ebenen mehr oder minder verkoppelt mit ihren rohen und häufig gewalttätigen «Klienten».

Weniger politisch denn subkulturell

Kern der folgenden Zeilen bildet jedoch die «Philosophie», die hinter beiden subkulturellen Gruppierungen steckt, die sich entweder

der Skinhead- oder der Punkszene zuordnen lassen. Grundsätzlich unterscheiden sich Skinheads und Punks lediglich in einer Art aufgepfropfter Ideologie, die sich in pseudopolitischen Kriterien artikuliert und mit der entsprechenden hochgejubelten Weltanschauung (Nationalsozialismus einerseits und Kommunismus andererseits) herzlich wenig zu tun hat. Charakteristisch ist für die eine wie auch die andere Szene eine Vermischung von zumeist oberflächlichen Attributen, Emblemen und Symbolen, die der jeweiligen Weltanschauung entnommen worden sind, mit einer eigenen Auffassung von kulturellen Stilmitteln, die die entsprechende Ideologie und politische Einstellung künstlerisch zum Ausdruck bringen sollen. Es sind dies bei beiden Gruppierungen die ausgeprägte Liebe zum sogenannten «Punk- (oder Nazi-) Rock» und der Vertrieb von allerlei Accessoires, T-Shirts, Tonträger etc. Bei naher Betrachtung ist ersichtlich, dass – obwohl die Veranstaltungen von Skinheads und Punks betont aggressiven Charakter haben (Pogo-Tanz, Parolen, Bierschwemme) – ein politisches Element kaum auszumachen ist. Die Frönung der eigenen Kultur ist hauptsächlich ein Ausdruck von jugendlichem Zeitvertreib und entgegen des realen politischen Engagements von sozialrevolutionären Bewegungen rein hedonistisch.

Die Rolle der Medien

Ein ähnliches Resultat ergibt die Analyse der immer wieder vom

Bekämpfung der Gewalt

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen uneingeschränkt jede Form von Gewalt gegen Personen und gegen Sachen, gleichgültig aus welchem Motiv sie verübt wird. Politisch motivierte Gewalttaten dürfen in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Das Gewaltmonopol liegt ausschliesslich beim Staat, der deshalb wieder in die Lage versetzt werden muss, die Freiheit und Unversehrtheit seiner Einwohner zu gewährleisten. Für politisch motivierte Gewalt gibt es keine Legitimation, gleichgültig von welcher Seite des politischen Spektrums sie verübt wird. Politisch motivierte Gewalttaten sind daher ohne jegliche Einschränkungen oder Verkürzungen auf Teile des politischen Spektrums zu verurteilen.

Keine Instrumentalisierung der Gewalt

Mit Besorgnis beobachten die Schweizer Demokraten, dass vermeintlich und tatsächlich rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in der Schweiz instrumentalisiert werden, um die heimattrauen Kräfte aus dem politischen Diskurs zu verdrängen oder ihnen zumindest schwer zu schaden.

Keine Tabuisierung der Zuwanderung

Die SD wenden sich dagegen, das Thema «Ausländer» und «Zuwanderung in die Schweiz» vor dem Hintergrund der aktuellen Kampagne erneut zu tabuisieren. Die Behauptung, Kritik an der Massenzuwanderung diene politischen Gewalttätern als willkommenes Stichwort, läuft auf die Tabuisierung eines für die Zukunft der Schweiz existentiellen politischen Themas hinaus. Die SD werden daher auch

in Zukunft ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen und auf die gravierenden Fehlentwicklungen hinweisen, die eine ungewollte und unregulierte Zuwanderung in die kleine Schweiz mit sich bringt.

Keine Aufwertung von Linksextremisten

Mit Empörung nehmen die Schweizer Demokraten zur Kenntnis, dass im gleichen Mass wie konservative Strömungen in der Schweiz insbesondere durch die Medien gesellschaftlich «geächtet» werden, linksextremistische Kräfte unter dem Sammelbegriff «antifaschistischer Widerstand» politisch aufgewertet werden und mehr und mehr dem «demokratischen Lager» zugerechnet werden.

Keine Verkürzung auf «rechtsextreme Gewalt»

Die SD wenden sich mit aller Schärfe gegen den von Medien und Linksparteien erzeugten Eindruck, Gewalt sei eine typische Erscheinungsform «rechtsextremer Gesinnung». Richtig ist, dass die Gewaltkriminalität insgesamt in der Schweiz ein beängstigendes Mass angenommen hat. Insbesondere verurteilen die SD die Verkürzung der laufenden Diskussion über Gewalt in der Gesellschaft auf «rechtsextreme Gewalt», weil dies von zahlreichen Ursachen der Gewaltentstehung ablenkt. Die SD verurteilen den Versuch, im Rahmen einer Kampagne «gegen Rechts» den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, dass Gewalttaten nur oder überwiegend aus einer nicht näher definierten «rechten Gesinnung» verübt würden.

Fortsetzung Seite 10



Kanton Basel-Stadt



SD-Petition mit mehr als 1000 Unterschriften eingereicht!






Erfolgreiche Unterschriftensammlung der Schweizer Demokraten für die Petition: «Die Bundesfeier am Rhein darf nicht sterben!»

1048 Unterschriften von Interessierten, meist aus Basel und Umgebung, finden sich auf den am letzten Freitag im Basler Rathaus deponierten Unterschriftenbogen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat und den Grossen Rat, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit auch in den kommenden Jahren – am Vorabend des 1. August – die Durchführung der Bundesfeier am und auf dem Rhein im **bisherigen** Rahmen weitergeführt werden kann. Seit Jahren findet am Abend des 31. Juli rund um die Mittlere Brücke am Rhein ein sehr gut besuchtes Volksfest statt. Um die 100'000 Interessierte zieht es jeweils an diesen Grossanlass mit Attraktionen, unzähligen Ständen sowie musikalischen Darbietungen. Und nicht zuletzt begeistert das prächtige nächtliche Feuerwerk die Zuschauer/-innen immer wieder! Bekanntlich liegt die Verantwortung für die künftige Durchführung und Gestaltung der Bundesfeier am Rhein nicht mehr beim Organisationskomitee von Basel Tourismus, sondern neuerdings beim Wirtschafts- und Sozialdepartement (WSD). Deshalb ist die Basler Regierung nun gefordert: Dieses grosse Volksfest soll in seiner bisherigen Form weiterexistieren!

*Pressedienst SD Basel-Stadt
vom 4. Dezember 2000*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern (entfällt am Stephanstag)
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Ob- und Nid-Emmental	Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen
	Sektion Wil und Umgebung	Neujahrsbegrüssung am 8. Januar 2001, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metz, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf
	Sektion Winterthur	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss; Busendstation. Parkplätze genügend hinter dem Restaurant vorhanden. Für Rückfragen: Rolf Boder, Tel. 052 - 202 09 82, Natel 079 - 468 86 27

Überfremdung total – immer mehr Ausländer

Nur einen Monat nach der Ablehnung der 18%-Initiative gab das Bundesamt für Ausländerfragen bekannt, dass der Ausländeranteil weiter gestiegen sei auf 1'379'800 Leute, was 19,3% ausmacht. Dazu können wir nur sagen: Gebt ihnen noch zehn Jahre Zeit und wir werden unser Land nicht wiedererkennen!

Anzeige

Wasch- und Bügelservice

Spez. auf Herrenhemden – Wäsche wird auch geholt und gebracht.

Stadt Zürich und Umgebung

Tel. 01 - 401 23 29
A. Wenger

 **Kanton Basel-Land** 

Schluss mit Einbürgerungsmissbräuchen

SD-Initiative eingereicht

Die Schweizer Demokraten haben ihre kantonale Volksinitiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» mit 1751 Unterschriften eingereicht. Gemäss Initiative sollen Einbürgerungswillige künftig in der Gemeinde wohnen, in der sie sich einbürgern lassen wollen. Bisher war dies nicht immer der Fall. So ist es gekommen, dass immer wieder Leute eingebürgert wurden, welche keine Beziehung zur Einbürgerungsgemeinde hatten, wo jede Verwurzelung fehlte. Dies ist ein offensichtlicher Einbürgerungsmissbrauch. Einbürgerung muss aber gleichbedeutend sein mit gesellschaftlicher Integration und Eingliederung (Assimilierung). Es gibt immer wieder Eingebürgerte, die unsere Sprache kaum verstehen. Trotzdem erhalten sie

den Schweizer Pass. Deshalb fordert die SD-Volksinitiative weiter, das «angemessene Verstehen und Sprechen einer der vier Landessprachen oder einer Mundart derselben». Die weitgehende Eingliederung in unsere Gesellschaft – als Voraussetzung zur Erlangung der schweizerischen Staatsbürgerschaft – muss auch auf sprachlicher Ebene einermassen sichergestellt werden. Bewusst haben die Schweizer Demokraten mit der Einreichung der Initiative zugewartet bis die regierungsrätliche Bürgerrechtsgesetzes-Revision vorgelegen hat. Die Initiative ist damit so etwas wie ein indirekter Gegenvorschlag zu den unannehmbaren regierungsrätlichen Ideen. Die SD behalten sich vor, allenfalls eine weitere Einbür-

gerungsinitiative nachzuschieben. – Wir lassen uns als Volk die Entscheidung über die Bürgerrechtserteilung nicht aus den Händen nehmen.

– Wir lassen auch die geplante Entmündigung und faktische Abschaffung der Bürgergemeinden nicht tatenlos zu.

Es ist darum klar, dass die Schweizer Demokraten mit allen demokratischen Mitteln für ihre Volksinitiative kämpfen werden. Die «kleine» kantonale Einbürgerungs-Gesetzes-Revision, über die letzthin abgestimmt wurde, haben die SD noch widerstandslos durchgelassen. Entschlossen werden sie aber den Kampf gegen die Einbürgerungsliberalisierung aufnehmen. Wer, wie die Regierung, offensichtlich meint, man müsse einfach möglichst viele Leute einbürgern, um die Ausländerproblematik zu entschärfen, der ist auf dem Holzweg. Wenn immer mehr Leute den Schweizer Pass haben, die unsere Sprache und Kultur nicht einermassen verstehen und mittragen können, wird dies zu immer grösser werdenden sozialen Problemen führen.

Die Schweizer Demokraten rufen daher den Regierungsrat dazu auf,

seine Bürgerrechtsgesetzesrevision vom 24. Oktober 2000 zurückzuziehen.

*Schweizer Demokraten,
SD-Baselland, Rudolf Keller,
Kantonalpräsident*

Kantonale Volksinitiative für eine vernünftige Einbürgerungspolitik

Das Bürgerrechtsgesetz vom 21. Januar 1993 wird wie folgt geändert:

I. § 10 Wohnsitz, guter Leumund, Eignung

Voraussetzung, das Kantons- und Gemeindebürgerrecht zu erwerben, sind Wohnsitz in der Gemeinde, ein guter Leumund der um das Bürgerrecht sich bewerbenden Person sowie das angemessene Verstehen und Sprechen einer der vier Landessprachen oder einer Mundart derselben. Für behinderte Menschen kann von der Sprachvoraussetzung abgesehen werden. Ist die sich um das Bürgerrecht bewerbende Person ausländischer Staatsangehörigkeit, gilt überdies Artikel 14 Buchstaben a und b des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes über die Eignung zur Einbürgerung sinngemäss.

 **Kanton Bern** 

Stadt Bern:

Objektive Medienberichterstattung erwünscht

Es ist leider eine Tatsache, dass immer mehr Menschen mit Waffen (Pistolen, Revolver, Messer usw.) bedroht, verletzt, ausgeraubt oder gar getötet werden.

Fast alle Medien berichten jeweils völlig zu Recht mehr oder weniger objektiv darüber. Insbesondere gross und sehr deutlich wird nach unserer Meinung immer dann berichtet, wenn die Opfer, was zu bedauern ist, ausländische Mitmenschen sind. Die SD würden es sehr

begrüssen, wenn in jedem Fall berichtet würde, aus welchen Ländern die Täter bzw. die Opfer stammen. Die Leserinnen und Leser könnten sich dann selber ihre Gedanken machen.

Wir glauben, dass eine solche Berichterstattung sehr erwünscht wäre. Möglicherweise nicht in allen Kreisen.

*SD-Stadtsektion Bern,
Walter Krebs, a. Stadtrat,
Pressechef*

Lydia Riesen sowie dem neugewählten Dieter Beyeler ziehen drei aufrechte Schweizer Demokraten in den Stadtrat ein, welche alle in der Lage sind, in diesem Stadtparlament Akzente zu setzen.



Peter Bühler (bisher) 2723 Stimmen
Lydia Riesen (bisher) 2586 Stimmen
Dieter Beyeler (neu) 2352 Stimmen

Ein besonderer Dank geht auch an **Alfred Jordi**, der die SD während zwölf Jahren treu im Stadtrat vertrat und infolge Amtszeitbeschränkung nicht mehr kandidieren konnte. Erste SD-Ersatzkandidaten sind **Robert Meyer** (2195 Stimmen) und **Willi Schüpbach** (2155 Stimmen).



Stadt Bern: FPS (-2) und EDU (-1) verschwinden gänzlich

Auch in der Stadt Bern wurde eine Wählerwanderung Richtung etablierte bürgerliche Parteien augenfällig. So gewannen die SVP, welche wohl insbesondere vom Verlust der beiden FPS-Sitze sowie von der Abwahl des einzigen EDU-Vertreters profitierte, drei Mandate. Die FDP wiederum sammelte die Wählerschaft des mittlerweile aufgelösten Landesrings auf und konnte möglicherweise mit ihren Sicherheits- und Ordnungs-Parolen auch noch einen Teil unserer

Wählerschaft an sich binden und somit ebenfalls drei Sitze gewinnen. Schmerzlich ist jedoch die Tatsache, dass sowohl die Mehrheit der SVP wie auch sämtliche FDP-Vertreter in den vergangenen Jahren alle SD-Vorstösse und -Anträge zur Eindämmung des Asylrechtsmissbrauchs, zur Internierung von kriminellen und renitenten Asylbewerbern sowie auch die SD-Motion von Hans-Peter Riesen für separate Schulklassen für deutschsprachige Kinder ablehnten. Auch in Zukunft muss damit gerechnet werden, dass gerade in asyl- und ausländerpolitischen Fragen seitens der liberalen Berner SVP und der FDP kaum Korrekturen im SD-Sinn möglich sind. Somit kommt den drei SD-Vertretern im 80-köpfigen Stadtrat nach wie vor die wichtige Rolle zu, sich konsequent gegen den ausufernden Asyl- und Drogenmissbrauch, für Sicherheit, Recht und Ordnung sowie für gesunde Stadtfinanzen zu kämpfen.

Abheben von der SVP, welche überhaupt keine Sensoren für soziale Fragen hat, können sich die SD-Vertreter zudem, indem sie sich ohne wenn und aber gegen jeglichen Stellen-, Sozial- und Lohnabbau inner- und ausserhalb der Stadtverwaltung sowie gegen die unsozialen Privatisierungstendenzen einsetzen.

Ostermundigen: SD-Fraktion glanzvoll verteidigt

5,8%-SD-Wähleranteil oder zwei SD-Vollmandate sind das Resultat eines äusserst intensiven SD-Wahlkampfes in der über 24'000

Wahlen im Kanton Bern:

SD mit einem blauen Auge davongekommen

In der Stadt Bern können die Schweizer Demokraten (SD) drei ihrer vier Stadtratsmandate verteidigen. Glanzvoll gewählt sind die bisherigen Peter Bühler und Lydia Riesen sowie neu Dieter Beyeler. Einen Achtungserfolg verbuchte die SD Ostermundigen: Hier wurde neben dem bisherigen Gemeinderat Wilfried Gasser auch noch Hans-Jörg Bärtschi in den Gemeinderat gewählt.

Ein ansprechender SD-Wahlprospekt (Auflage 88'000 Exemplare), nächtelanges Vertragen von 35'000 gelungenen SD-Flugblättern, zahlreiche Inserate und leider oft von Linkschaoten zerstörte SD-Weltformatplakate konnten nicht verhindern, dass die SD in der Stadt Bern einen ihrer vier Sitze abgeben mussten. Immerhin konnten drei SD-Mandate gehalten werden. Mit den Bisherigen Peter Bühler und

Einwohner zählenden Berner Vorortsgemeinde Ostermundigen. Glanzvoll gewählt sind



Wilfried Gasser **Hans-Jörg Bärtschi**

Wilfried Gasser (bisher)
606 Stimmen

Hans-Jörg Bärtschi (neu)
457 Stimmen

Erstnachrückender ist **Thomas Christen** mit 451 Stimmen. Auch in Ostermundigen gewann die SVP die beiden Mandate der FPS, welche künftig nicht mehr im Ostermundiger Gemeindeparlament vertreten sein wird.

Die SD hingegen konnten ihren Wähleranteil gegenüber 1996 sogar noch um 0,3 Prozent steigern, was leider nicht mehr für ein drittes Mandat reichte. Dank gebührt hier auch **Andreas Baumgartner**, der die SD eine Legislaturperiode vertrat.

Gesamtbeurteilung und Kommentar

Im Emmental, im Seeland und im Berner Oberland, also in den ländlichen Gebieten, hat die liberal do-

minierte Berner SVP deutlich Wähleranteile verloren. Nicht so in der Stadt und Agglomeration von Bern. Hier gewinnt die SVP hauptsächlich zulasten der FPS, welche ausser in Biel nun im Kanton Bern in keinem einzigen Stadt- oder Gemeindeparlament mehr vertreten ist. Verliererin im Kanton Bern ist aber auch die EDU. Hier könnte auch die neue Fraktionsgemeinschaft auf Bundesebene mit der linksgerichteten EVP eine Erklärung für die deutlichen EDU-Verluste sein. Auch die SD haben Stimmen verloren, jedoch nicht so massiv wie FPS und EDU. Nur eine deutliche Abgrenzung in sozialen Fragen zur SVP, welche sich immer mehr zur Partei der sozialen Kälte entwickelt, sichert längerfristig die Existenz der Schweizer Demokraten. Dessen müssen sich alle SD-Exponentinnen und -Exponenten bewusst sein. Die SD gratulieren allen Gewählten und wünschen ihnen viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt. Ein herzliches Dankeschön geht aber auch an alle nicht-gewählten Kandidatinnen und Kandidaten sowie an die zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer. Noch nie hat der Schreibende innerhalb der SD-Parteigrenze einen so harmonischen Wahlkampf beobachten können, der beinahe frei von Intrigen und internem Gerangel war. Weiter so!

*Bernhard Hess, Nationalrat,
Pressechef SD des Kantons Bern*

erhalten. Weil den Regierungspolitikern klar ist, dass solche Ideen im Volk keine Mehrheit finden, weigerten sie sich, das Leitbild dem Gemeinderat zum referendumsfähigen Beschluss vorzulegen. Über die Frage, ob wir Zürcher überhaupt in einer «multikulturellen Gesellschaft» leben wollen, **will der Stadtrat eine Abstimmung unbedingt verhindern!**

Deshalb beantragt er unter Berufung auf die neue Bundesverfassung, die Initiative «Die Schweizer zuerst!» kurzerhand ungültig zu erklären. Welch ein Unsinn! Das Gebot der Rechtsgleichheit bedeutet nicht, dass wir uns von Ausländern, welche sich nicht anpassen wollen, kolonisieren lassen müssen. Die Initiative diskriminiert die Ausländer nicht, sondern fördert deren Assimilation, indem sie die Behörden zwingt, ihre Politik ganz auf die einheimische Kultur auszurichten, wie es überall auf der Welt Brauch ist. Sie müssten z.B. damit aufhören, amtliche Mitteilungen der Schule in sieben fremdländischen Sprachen zu publizieren oder ganze Wohnsiedlungen mehrheitlich mit Ausländern zu füllen.

Weder das Bundes- noch das kantonale Recht schreiben Zürich eine multikulturell orientierte Politik vor. Die Stadt hätte im Gegenteil viel Spielraum, um mit gezielten Massnahmen in verschiedensten Bereichen klarzustellen, dass Zürich eine schweizerische Stadt ist und sich den hiesigen Sitten und Gebräuchen anzupassen hat, wer hier bleiben will. Dafür ist es höchste Zeit. Mit der Initiative «Die Schweizer zuerst!» kann das Volk endlich **die multikulturelle Trümmerei des Stadtrates stoppen.**



Dessen Antrag auf Ungültigerklärung des Volksbegehrens ist eine Unverschämtheit. Helfen Sie mit, solchen Machenschaften ein Ende zu setzen: Werden auch Sie Schweizer Demokrat/-in!

*Schweizer Demokraten der Stadt
Zürich, Postfach 9103, 8036 Zürich*

Nur linke Ausländer – keine Skins!

Wahrscheinlich haben Sie in Ihrer Zeitung auch nichts oder nur zwei Zeilen darüber gelesen, dass nach dem Fussballmatch Luzern – Basel rund 70 militante Jugoslawen mit Eisenstangen und andern Gegenständen bewaffnet auf friedliche Basler Anhänger losgegangen sind. Die Jugoslawen haben in Luzern bis Mitternacht Krawall gemacht und Sachbeschädigungen verursacht. Wo blieb die Medienberichterstattung? – Hätte auch nur ein sogenannter Skinhead randaliert, wäre das andernorts in allen Zeitungen auf der ersten Seite gestanden, Radios und Fernsehen hätten Sondersendungen gebracht... wegen der Bedrohung unseres Landes durch diesen Skinhaed... Merke: **Linksextreme Gewalt ist anscheinend weniger schlimm als rechtsextreme Gewalt!**

Kanton Zürich

Die Schweizer zuerst

Stadtrat will Volksinitiative abwürgen!

Der Ausländeranteil in Zürich wächst seit vielen Jahren unablässig und beträgt inzwischen – ohne die vielen Illegalen! – fast 30%. Bei der jungen Generation sind es schon wesentlich mehr. In vielen Schulen sind unsere Schweizer Kinder längst in der Minderheit. Die ungebremste Zuwanderung kaum assimilierbarer Ausländer aus völlig fremden Kulturkreisen belastet unser soziales Netz aufs Äusserste. Zürich ist im Begriff, seinen Charakter als schweizerische Stadt zu verlieren; in manchen Quartieren begegnet man kaum noch Schweizer Landsleuten. Doch die Stadtbehörden schauen dieser Entwicklung tatenlos zu, ja begrüßen sie sogar noch!

Damit dies ändert, haben die Schweizer Demokraten die Volksinitiative «Die Schweizer zuerst!» eingebracht. In der Gemeindeordnung soll folgende Leitlinie für die Tätigkeit der Stadtbehörden verankert werden: **«Die Gemeindebehörden wachen darüber, dass Zürich eine schweizerisch geprägte Stadt bleibt. Sie räumen im Rah-**

men des übergeordneten Rechts den Bedürfnissen der Schweizerinnen und Schweizer den Vorrang ein.» Die Initiative verlangt damit, was überall in der Welt selbstverständlich ist: Regierung und Parlament sollen ihre Politik auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ausrichten. Ausländer haben sich der hiesigen Kultur anzupassen, nicht die Einheimischen derjenigen der Zuwanderer.

Doch genau das will der Stadtrat nicht. Er hat aus dem Nein des Volkes zur Lockerung der Einbürgerungsvorschriften und aus der Ablehnung eines speziellen «Kontaktnetzes» für Albaner nichts gelernt. Mit einer Verbohrtheit sondergleichen hält er an seinem Ziel fest, uns Schweizerinnen und Schweizer eine «multikulturelle Gesellschaft» aufzuzwingen. Die Stadtregierung will, dass die Zuwanderer vom Balkan, aus der Türkei, aus Afrika etc. ihre Kultur beibehalten und in unseren Boden einpflanzen. Gemäss dem stadträtlichen Integrationsleitbild sollen Ausländer auch politische Rechte

Bekämpfung der Gewalt

Fortsetzung von Seite 7

Gewaltkriminalität eindämmen

Gewalt ist kein «rechtes» Phänomen. Die Gleichsetzung von Gewalt und «rechts» dient ausschliesslich der Stigmatisierung des politischen Spektrums rechts der Mitte. Die Schweiz sieht sich seit Jahren mit einem deutlichen Anstieg brutaler Gewaltkriminalität konfrontiert, innerhalb derer «rechtsextremistische Gewalt» einen verschwindend kleinen Anteil einnimmt. Diese Feststellung soll keineswegs rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten relativieren, sondern belegen, dass es einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Institutionen bedarf, um den besorgniserregenden Anstieg der Gewaltkriminalität einzudämmen.

Gewaltzunahme erörtern

Daher fordern die SD dazu auf, dass sich alle gesellschaftlichen Institutionen zu einer Initiative mit dem Ziel zusammenschliessen, die

Gewaltkriminalität in der Schweiz, der immer mehr Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fallen, zurückzudrängen. Wer Gewalt nur bestimmten, politisch nicht genehmen Gruppierungen zuschreiben will, der verharmlost die in der Schweiz schwelende Gewaltproblematik auf unverantwortliche Art und Weise. Die SD fordern zudem eine offene und ohne Tabus geführte Erörterung sämtlicher Ursachen für die Gewaltzunahme in der Schweiz. Nur so könnten Möglichkeiten zu deren effektiver Bekämpfung gefunden werden.

Gewaltdarstellung ausblenden

Die SD fordern eine umfassende Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt. So darf beispielsweise der negative Einfluss von Gewaltdarstellungen in Medien, vor allem auf junge Menschen, nicht ausgeblendet werden. Ferner ist dem offensichtlichen Werteverlust durch eine Bildungspolitik entgegenzuwirken, die dem jungen Menschen die Bedeutung von Heimat, Tradition, Familie und Kultur deutlich macht und damit identitätsstiftend wirkt.

Gedanken eines Heimkehrers



H.M. Wildi,
Binningen

Kurz nach der Eidg. Abstimmung über die 18%-Initiative hat H.M. Wildi an der Parteiversammlung der «SD Reinach (BL) und Umgebung» einen Vortrag über die «Selbsterstörung der Schweiz» gehalten. In einer stark gekürzten Fassung und mit neuem Titel «Der Trend» beschreibt Herr Wildi aus der Sicht eines erfahrenen Auslandsschweizers den Zustand Schweiz und wie es weitergeht, wenn wir nichts ändern. Wir alle sind also aufgerufen, die Zielsetzungen der SD mit politischem Einsatz zu verwirklichen.

Wer nach langen Jahren Auslandaufenthalt in die Heimat zurück siedelt, dem fällt die Enge in der Schweiz als erstes auf. Diese Enge ist sichtbar und spürbar noch enger geworden, denn überall wurde und wird gebaut, betoniert, asphaltiert. Der unerhörte Wohlstand der Schweiz beruht in extrem überproportionalem Ausmass auf einem Rohstoff: Dem Grund und Boden und auf allem, was damit zusammenhängt, wie Immobiliengeschäfte, Architektur- und Planungsarbeit, Notariate, Banken-

und Versicherungsgeschäfte, Bauhandwerk und Bereitstellung deren Rohstoffe (Kies, Zement, Glas, Holz usw.), Verwaltungen, Inserate, Dienstleistungen wie Reinigung, Überwachung, Pflege, Unterhalt, Ausstattungen, Behörden, Verkehr.

Allein in den 90er-Jahren ist die Fläche des Kantons Schaffhausen neu überbaut worden, um nur zu quantifizieren.

Globale Schacherwirtschaft

Die verlorene 18%-Abstimmung ist bachab gegangen, weil zu viele am weiteren Bevölkerungswachstum, an steigendem Konsum, an zusätzlichem Wohnbedarf, kurz an Wachstum von Quantität statt an einer Zunahme von Qualität interessiert sind und weil sich, abgeschirmt vom aggressiven internationalen Wettbewerb, mit dem Verschachern von Grund und Boden bequem gutes Geld verdienen lässt. Weshalb denn funktionieren sich grosse Traditionsunternehmen um zu Immobiliengesellschaften?

Feldschlösschen, Warteck, Volkart, die einst stolze und führende Zahnradmaschinenfabrik Maag. Sie alle – weitere werden folgen – versuchen sich dem globalen Wettbewerb zu entziehen. Die 18%-Abstimmung war exemplarisch. Das Unbehagen in der Schweiz ist zwar da, es wird jedoch von Prosperität und den Erwartungen auf weiter steigenden Wohlstand übertüncht. Nur wenige Stimmbürger wollen

realisieren, wie unser Bevölkerungs- und Wirtschaftssystem wirklich funktioniert, weil alle von Toleranz, Menschlichkeit, Solidarität reden.

Das Megapolis im Mittelland

Einwanderer sind sehr erwünscht, denn deren erste Generationen sind zunächst einmal hochwillkommene Konsumenten, anspruchslöse Wohnungsmieter, billige Arbeitskräfte. Aber schon in der nächsten Generation, die ja laut Parolen möglichst rasch integriert, assimiliert werden soll, streben deren Jugendliche nach besseren Jobs, besseren Wohnungen, weshalb die Grenzen weiter geöffnet werden müssen für die nächste Einwanderungswelle. Da steigender Wohlstand den Bedarf an Dienstleistungen fördert, ist die Einwanderung zusätzlich zu forcieren und keineswegs einzuschränken, wie unsere Regierungen zynischerweise zu beabsichtigen vorgeben. Auch eine beschleunigte Einbürgerung ändert nichts am System, und wir werden in einigen Jahren über eine 25%-Initiative abzustimmen haben, oder mit 10, später mit vielleicht 20 Millionen Einwohnern leben müssen – eine Megapolis im Mittelland mit engsten Räumen, immenser Verkehrsdichte, unlösbaren sozialen Problemen wegen fortschreitender Entwurzelung.

Und wie sieht es auf der anderen Seite des modernen Völkerwande-

lungssystems aus, bei den menschenexportierenden Drittstaaten? Deren initiative, junge Bevölkerung entflieht den Unzulänglichkeiten ihrer korrupten, unfähigen Regierungen, statt sie vor Ort zu korrigieren, denn nur wer im eigenen Saft schmort, der geht auch auf die Barrikaden. Das von verblendeten Kirchen, blauäugigen Parteien, von kommerziell Interessierten verteidigte und propagierte Flüchtlings- und Einwanderungssystem ist kontraproduktiv, nach innen wie nach aussen.

Falsche Gutgläubigkeit

Dem gutgläubigen, weil einseitig informierten und unter moralischen Toleranzdruck gesetzten Bürger wird suggeriert, er müsse auf die Strasse gehen, um dort gegen den Rassismus zu protestieren, die farbigen Einwanderer willkommen zu heissen. Dass der so Demonstrierende die fortschreitende Umweltzerstörung, die Bevölkerungsexplosion, die zynischen Regierungen im Inland und die korrupten Regierungen in den Entwicklungsländern unterstützt, das einzusehen bedarf der Aufklärung, der nüchternen Einsicht in die wahren Zusammenhänge und Motive von Meinungsbildnern aus Wirtschaft und Politik.

Die Schweizer Demokraten als einzige nicht Interessenspartei haben eine grosse, eine zukunfts-trächtige, eine verdienstvolle Aufgabe vor sich.

Zur Wahl von Bundesrat Samuel Schmid

Der wilde SVP-Kandidat der andern Parteien gewinnt

Mit der Wahl von Ständerat Samuel Schmid ist erneut die Berner SVP-Minderheit im Bundesrat vertreten. Er wird sich wie Ogi «für eine kompromissbereite und regierungstreue SVP einsetzen», so jedenfalls der Originalton vor der Wahl. Weshalb hat Schmid diesen Sitz erobert? Er ist in Armeefragen den Freisinnigen ein Freisinniger, mit seiner Unterstützung der Fristenlösung den Sozialdemokraten ein Sozialdemokrat, mit der Ablehnung der Nutzung des Nationalbankgoldes für die AHV den Christdemokraten ein Christdemokrat und damals mit der Ablehnung der 18-Prozent-Initiative ein Freund aller andern Bundesratsparteien. Wer die Szene kennt, wusste schon vor mehr als einer Woche, wer das Rennen machen würde – Samuel Schmid.

Es wäre allerdings politisch wünschbar gewesen, wenn wenigstens der neue SVP-Vertreter an

den Sitzungen des Bundesrats die Meinung von mindestens einem Siebtel der Bevölkerung (14,28 Prozent) hätte einbringen können – ein Mitglied also, welches weder einen EU- oder UNO-Beitritt befürwortet, noch eine Annäherung an die NATO wünscht und auch die Einführung des Söldnerwesens in der Armee ablehnt. Es braucht im Bundesrat nicht besonders kompromissbereite Leute, sondern solche mit einer eigenen Meinung, die sich in den internen Verhandlungen raufen, nach der Beschlussfassung aber mit einer Sprache sprechen. Dabei darf durchaus einmal spürbar werden, wenn ein Mitglied des Bundesrates ein Geschäft gegen seine persönliche Meinung in der Öffentlichkeit vertritt.

Schmid's «weisse» Weste – ein Unterdrückungswunder der Medien

Nur wer zufällig die Leserbriefe im «Neuen Bülacher Tagblatt» verfolgte, konnte lesen, was andere

Tageszeitungen, Radio, Fernsehen und Agenturen geflissentlich unterdrückten: Da wurden Fehlleistungen Schmid's als Verwaltungsratspräsident (VR) verschiedener Firmen erwähnt, so im Zusammenhang mit dem Verkauf der Seeland-Bank oder beim Konkurs der Halter AG, Huttwil. Schmid sei nicht nur Präsident der Futtermittelproduzenten, sondern auch VR der Firma Centravo, welche Schlachtabfälle verwertet. War da nicht eine Arena-Sendung – zum Thema Schlachtabfälle und Tiermehl – natürlich ohne Samuel Schmid? Es waren erstaunliche Kräfte im Spiel, welche es fertigbrachten, dass Samuel Schmid mit unbefleckter Weste am Chlauptag zum Bundesrat erkoren wurde.

Die Macht des Hintergrundwissens

Bekanntlich besitzen jene Leute grössten Einfluss auf eine Person des öffentlichen Lebens, welche verheimlichte, kompromittierende

Tatsachen aus dem Leben dieses Würdenträgers kennen. Mit der leisen Drohung, es würden gewisse Dinge publik gemacht, können Menschen manipuliert werden.

Samuel Schmid ist gewählt

Es wäre Bundesrat Schmid gegenüber unfair, wenn hier der Eindruck entstände, er selber hätte seine Wahl unter Ausklammerung gewisser Vorkommnisse beeinflusst. Die Rolle der Medien ist allerdings mehr als fragwürdig und wirft die unangenehme Frage auf, welche Personengruppe in der Schweiz über derart weitreichende Macht verfügt, dass sie praktisch alle Medien zum Verschweigen von Tatsachen verpflichten kann. Samuel Schmid hat den Eid geschworen, dass er sich für das Wohl des Landes einsetzen will. Bleibt zu hoffen, dass aus diesem Eid nie ein Meineid wird.

Hans Steffen, a. Nationalrat,
Fischenthal

**Der Leser hat
das Wort**

In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Das Rütli

Geschichte gibt es sonst nur dort, wo sie durch mündliche oder schriftliche Erzählung überliefert und bewahrt wird. Auf dem Rütli fanden keine geschichtlich nachweisbare Handlungen statt. Es wirkten ganz bestimmte Einflüsse, die für uns eine wichtige Rolle spielen. Dieser Ort hat etwas zu tun mit Empfindungen des Volkes, die rational nicht definiert werden können, jedoch als Ausprägung des Mythos Schweiz zu verstehen sind. Während meiner Schulzeit besuchte jeder Schüler mindestens einmal das Rütli.

Am 25. Juli 1940 veranstaltete General Guisan den Rütli-Report, einen militärisch-vaterländischen Auftritt. Weil Bundespräsident Pilet von der notwendigen Anpassung an die im Umbruch begriffene Welt geredet hatte, beschwor Guisan die Wehrmänner, an der Mission Schweiz nicht zu zweifeln. Uns Aktivdienst-Teilnehmern ist der Rütli-Report als die schönste patriotische Erhebung unseres Lebens in Erinnerung geblieben. Obschon heute versucht wird, den Schweizern die Freude am eigenen Land zu vermiesen, ist das Rütli für uns Alten der patriotische Besinnungsort, so wie der Katholik Einsiedeln ehrfürchtig wahrnimmt. Die Sehnsucht nach dem grossen Europa nimmt bei vielen Politikern zu. Die Betriebsamkeit scheint so weit fortgeschritten zu sein, dass Bundesräte auf dem Rütli ihr Verlangen nach dem grossmächtigen Europa bekunden. Diesen Ort für unheilverkündende Ansprachen zu benützen, ist für uns Aktivdienstler ebenso verwerflich wie das Grölen der Skins.

Paul Tschamper, Zofingen

re Fliegergeneräle wissen, nur im Rahmen der NATO voll einsatzfähig. Ohne die sündhaft teuren AWAC-Flugzeuge, die Gruman WF (E-1) Tracer, können diese nicht zweckmässig eingesetzt werden. Wenn, dann nur zur Fernüberwachung mit entsprechenden Ein-

sätzen. Warum wohl die Amerikaner in Jugoslawien im Gebirge vorwiegend die billigeren F-L6 zum Einsatz gebracht haben? Ein teures NATO-Geschenk von uns Schweizer Steuerzahlern.

Erhard Schenker, Riehen

Mittelmässig

Politiker erwägen die Aufgabe der Grenzkontrollen. Wie viele Schweizer halte ich nicht mehr viel von der Classe Politique. Die neueste Idee, Passkontrollen abzuschaffen, zeigt nach meiner Ansicht die absolute Verantwortungslosigkeit dieser Leute. Verbrecher

mit Landesverweisung und Kriminaltouristen werden sich ins Fäustchen lachen. Auch Mafia und Konsorten werden glücklich sein. Die Mittelmässigkeit vieler Politiker ist einfach zum Fürchten.

Waldemar Greber, Acquarossa

**Sprachenschutz: Xenophobie
des feinen Mannes?**

In unserem Sprachgebiet geht es längst nicht mehr nur um «Amerikanismen», sondern um das Wegbrechen ganzer Teile des Wortschatzes. Kaum eine Fernsehwerbung auf «deutschsprachigen» Kanälen, die nicht mindestens einen kurzen englischen Satz enthält. Ganze Plakatwände sind nur noch englisch, Telefongesellschaften verwenden nur noch englische Ausdrücke, und in immer mehr

Prospekten (pardon: «flyers») werden Neuheiten nicht mehr als «neu», sondern als «new» angepriesen. Dass etwa russische Namen längst nicht mehr deutsch, sondern englisch transkribiert werden und die englischen statt der deutschen Bindestrichregeln gelten, sei nur nebenbei erwähnt.

*Peter Huber, Zollikofen
peter.huber@bgb.ch*

SD – gebt nicht auf!

Als neues Parteimitglied möchte ich zur Stellungnahme antreten. Früher betrachtete ich die SD und allgemein die Politik nur von weit aus. Der steile Untergangspfad aber, welcher unser schönes Land immer weiter in die Tiefe zieht, liess mich aufhorchen. In der Ideologie der SD fand ich die letzte wahre Chance, die unser Land noch retten kann. Ich sehe in ihr die Partei der Propheten und Denker, welche für ihr Denken kämpfen und sich nicht wie Marionetten – wie es unsere regierenden Politiker sind – der breiten Masse anschliessen, die auf direktem Kurs in

den Untergang steuert. Jeder Schweizer Demokrat weiss, dass sein Denken die absolute Wahrheit ist, und genau dies macht diese Partei innerlich stark. Während andere Parteien sich innerlich zerfressen und nach Macht geifern, bleiben die SD die einzigen, die die Zeichen der Zeit begriffen haben und mit erhobenem Haupt sich blicken lassen können. Es ist die Pflicht der Wissenden, ihr Denken durchzusetzen um die Macht der Wahrheit wieder herzustellen. An alle Schweizer Demokraten: kämpft weiter und gebt nicht auf.

Ohne Lobby

In Berlin demonstrierten 200'000 Personen gegen den Rechtsextremismus. «Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz» war das Motto. Das ist gut so, aber einseitig. Es werden die roten Extremistenverbrechen verschwiegen. Die Genossen Stalin & Co. brachten ebenso viele Andersdenkende in den Gulags um wie die Nazis Juden in den KZ. Die Greuelthaten beider

Diktaturen dürfen nicht vergessen werden. Auch die Andersdenkende, die in roten Diktaturen ermordet worden sind, waren Menschen, auch wenn hinter ihnen keine Lobby steht, die ständig an die Schreckenstaten erinnert. Warum schützt das Antirassismugesetz nur Rassen und nicht alle Gewaltopfer vor dem Verschweigen, Vergessen?

Fritz Schweizer, Muhen

Mogelpackung F/A-18

Adolf Ogi hatte mit seinen freiwilligen Söldnereinsätzen bisher ein ausgesprochenes Glück. Sein Image wäre jedoch schon beim ersten Todesfall am Boden zerstört worden. Unter dem Titel «Landes-

verteidigung» hätte ein solcher nicht abgeschrieben werden können. Man sollte als Schweizer wissen: Die NATO ist ein Angriffs- und kein Verteidigungsinstrument. Unsere F/A-18 sind, wie auch unse-

SD-Feuerzeug**Schicken Sie mir bitte**

..... Exemplare SD-Feuerzeug, Fr. 5.– pro Exemplar, inkl. Porto, Vorderseite SD-Signet, Rückseite «Heimattreu und bürgernah! Für eine freie Schweiz»

Nur noch wenige Exemplare vorhanden:

..... Exemplare SD-Dannemann-Zigarren, Fr. 5.–, inkl. Porto

..... Exemplare SD-Schirmmützen, Fr. 10.–, inkl. Porto

..... Exemplare Tischfähnchen mit Schwyzer-Wappen, Fr. 25.–, inkl. Porto

Name: Vorname:

Strasse: Nr.:

PLZ: Ort:

Bitte einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern



Eugénisme privé et vache folle

La science fait de grands progrès chaque jour, surtout concernant la recherche génétique. On «améliore» le maïs et diverses plantes fourragères afin de contrer les attaques d'organismes minuscules destructeurs et dans le même temps, on nourrit les animaux avec des abats, divers cadavres et charognes comme l'a dénoncé déjà en 1983 la paysanne valaisanne qu'on surnommait la dame aux cochons. Comme les gouvernements choqués par le prion ESB interdisent enfin toute production de farines animales, mais hésitent à interdire les OGM, que les Américains continuent à engraisser leurs vaches avec des hormones, les dangers menaçant l'homme se multiplient et l'on assiste à une lente mais sûre transformation du génome humain. Il n'y a jamais eu autant de bébés qui naissent difformes ou handicapés mentaux, et lorsqu'on y ajoute les mines antipersonnel qui déchiquet-

tent tant de bien portants, il est logique qu'on en arrive à l'eugénisme privé.

La sélection de son propre enfant alors qu'il est encore en gestation dans le ventre de la mère, devient chaque jour de plus en plus possible. On évitera ainsi le danger supplémentaire qui guette le genre d'humains incapables d'être autonomes et d'être une charge coûteuse pour la société sinon affective pour la parenté.

Récemment un bébé a été sélectionné par des parents pour sauver sa petite soeur qui mourait de leucémie, et la justice a autorisé l'indemnisation d'un adolescent fortement handicapé qui n'avait pas fait l'objet d'un avortement thérapeutique par un médecin négligent.

Et voilà le grand débat lancé par diverses religions. Seuls jusqu'à présent, les protestants qui considéraient qu'un embryon formé de

quelques cellules n'est pas un être humain, acceptent l'eugénisme puisqu'il n'est pas question d'euthanasie dans ce cas, alors que les catholiques vont naturellement se lancer dans des discussions académiques et théologiques qui ne mèneront qu'au chaos du genre humain tout entier. De toutes façons, les chrétiens devraient mettre dans la balance de ce problème crucial, les milliers de soldats morts au champ d'honneur (comme on l'écrivait au sujet des guerres d'antan), et ceux qui remplissent les charniers dans le monde entier aujourd'hui.

Vu les circonstances actuelles d'un mondialisme qui génère une paupérisation endémique conduisant aussi au tombeau, il y a évidemment le danger de passer de l'eugénisme privé à l'eugénisme collectif. Mais à tout prendre n'est-ce pas plus logique et facile moralement, de procéder à l'avortement plutôt

que d'attendre le suicide ou pire, l'assassinat collectif comme en Algérie ou au Kosovo, ou les génocides passés, présents et à venir.

De toutes façons, la race humaine telle que nous la connaissons, touche à sa fin. Elle doit faire face non seulement à ces divers dangers, mais aussi elle doit y ajouter les convulsions terrestres dues au changement de climat provoqués par ceux qui jouent aujourd'hui à se faire peur jusqu'à La Haye. Et, comme si leur décadence n'était pas assez rapide, ils y ajoutent les résultats douteux de vivisection sur des animaux appliqués par des apprentis sorciers de plus en plus nombreux, incapables de combattre le SIDA ou le cancer... Que dire de l'usage inconsidéré de drogues diverses! Les interdits administratifs et les tabous religieux ne réussissent pas à freiner la descente aux enfers.

Mary Meissner, Vernier

Les Manuscrits de la Mer morte

Les chrétiens et autres érudits qui s'intéressent à cette question n'ont pas fini de se poser des questions sur l'authenticité ou la réalité des faits bibliques. Nous avons déjà posé le problème dans le journal Peuple et Patrie, lorsque la polémique fit rage concernant les traductions des Manuscrits de la mer Morte retrouvés dans les caves de Qumram par un berger. Il y avait une traduction différente entre Eloha et Elohim et les révélations à Marie de sa prochaine maternité. L'écrivain anglais John Allegro avait même inclus dans son livre dont le titre était le même que ci-dessus, trois versions concernant cet événement capital et une des versions étaient dérangeantes pour les croyants puisque l'Eloha (singulier) était un ange (humain) père de l'enfant Jésus, cadet d'une série de huit. La soussignée prêta ce livre à un ambassadeur suisse à Bangkok où il disparu. Tous les exemplaires qui auraient dû rester en librairie et chez l'auteur disparurent aussi. Il y eut une nouvelle édition qui ne contenait aucune des pages dangereuses et la soussignée ne put pas retrouver la trace de cet auteur même après avoir été en Angleterre pour le chercher afin qu'il lui explique cet étrange histoire. Evidemment, d'autres recherches restèrent vaines, et un voyage en Israël pour visiter le Musée de Jérusalem où sont conservés les parchemins, n'éclaircit pas la confusion. Ce sera probablement un 4e secret après celui de Fatima.

Ce qui, aujourd'hui, remet sur le tapis la véracité et l'exactitude des copies et recopies de ces textes conservés grâce au climat exceptionnel de ces contrées, c'est la découverte récente d'un papyrus copte du IVe siècle, pas encore rendu public, révélant un évangile différent du texte canonique de l'Evangile de Matthieu relatant l'épisode des changeurs du Temple expulsés par Jésus, Est-elle le précurseur d'un futur épisode concernant la destruction des livres maudits?

Ainsi les Quatre Evangiles racontent le célèbre épisode qui décrit le Christ chassant du Temple les brasseurs de monnaie en renversant leurs tables avant de lancer: «Ma Maison sera appelée une maison de prières, mais vous, vous en faites un repaire de brigands», est le seul fait décrivant le Christ qui se permet un geste violent. Cela n'a pas manqué d'intriguer les théologiens. Ce papyrus les éclairera peut-être puisqu'il traduit très différemment l'épisode des changeurs du Temple de Jerusalem. Ou bien le traducteur copte s'est permis des libertés avec l'original grec en supprimant ce qui le choquait, ou bien il traduisit un texte grec différent du Matthieu standard. Jusqu'à pré-

sent le premier Matthieu était écrit sur un parchemin en langue araméenne et ne mentionnait pas le geste musclé du Christ. Mais cet original araméen n'a jamais été retrouvé.

Bref, nous donnons ces quelques informations qui font aussi partie de notre vie occidentale et qui sont bien éloignées de la guerre en Palestine.

Mary Meissner

Maladie vache folle

Beaucoup de bouchers bio se plaignent de ne pas profiter maintenant de la psychose de la vache folle pour améliorer leurs ventes de boeuf, mais ils devraient se douter que leurs clients qui sont abreuvés jour et nuit par les médias leur expliquant par des phrases fumeuses et contradictoires, que la sécurité est quasi absolue dans les transports ferroviaires, aériens et maritimes, ou qu'on peut se fier aux tests biologiques basés sur la vivisection ou qu'en posant une porte blindée on sera bien protégé, ne croient plus au mot BIO. Ce n'est qu'un mot et il y a tant d'arnaques et de magouilles se cachant sous des mots. Même jusqu'à Bruxelles dont aucun responsable ne contrôle la destination véritable des fonds de l'UE en déficit de 1.3 milliards d'euros. De plus ce n'est pas en promettant des étiquettes indiquant la provenance d'une viande que ce sera une protection contre la maladie. Trop de mots creux, trop

de promesses intéressées trop de mensonges. Cela suffit.

Retraite et AVS à la carte

Que de discussions engendrées par cette question toute simple, parce qu'on évite le coeur du sujet. En effet, à part la question des gros sous, qui parle de la santé psychique de tant de citoyens qui, aimant leur travail, n'ont aucune envie de cesser leur rôle dans la société lorsqu'ils se sentent en pleine forme? Etre remis dans les bords de la route pour beaucoup, c'est une mort lente et le désespoir. Mon cas est là pour prouver ce que je dis. J'ai triché de dix ans avec l'appui du directeur de l'AVS de Genève afin de n'être mise à la retraite qu'à 72 ans. J'adorais mon métier dans l'aviation qui me donnait tant d'ouvertures sur le monde et un sentiment de liberté, que je n'ai jamais regretté d'avoir triché

Octopus le 15.11.00

La «pokémonisation» de l'humain et de l'animal est dangereuse



Breveter des gènes humains et animaux revient à privatiser un patrimoine commun de l'humanité, selon Ignacio Ramonet qui évoque le risque d'un «eugénisme» de type nouveau.

Les hommes se comportent en «intendants» de la Terre et les limites de la déontologie seront vite dépassées et un retour à la normalité irréversible. Il y a actuellement une lutte interne entre les chercheurs, ceux qui invoquent le côté émotionnel et déontologique de ces recherches tant sur les OGM que sur la transmutation génétique animale et humaine, et ceux qui atta-

quent le côté juridique, institutionnel et surtout financier.

Les chercheurs sont toutefois d'accord de «socialiser» cet art, de mettre en œuvre des méthodes de tracabilité et de créer un organisme de contrôle.

Qui ne connaît Pokémon? A la fois jeu vidéo sur Game Boy de Nintendo, dessin animé et jeu de cartes à collectionner, Pokémon et sa myriade de sous-produits marchandisés ont envahi le monde à la vitesse de l'éclair.

Formé de la contraction des mots «pocket monster» (monstre de poche), le mot pokémon désigne des sortes d'elfes transgéniques, des lutins de l'ère biotech, des «créatures qui vivent dans les herbes, les fourrés, les bois, les cavernes et les lacs.» Il y en a 150 différentes. Ils sont tous uniques avec leur propre

caractère génétique. Il faut les comprendre, les éduquer et les adapter selon son bon plaisir aux envies du moment, tout ceci basé sur le principe darwinien, surtout pour avoir plus de pouvoir et d'aptitudes.

Les enfants sont donc programmés malgré eux à admettre le changement inévitable, parfois nécessaire dans le génome humain et animal d'abord, puisque ce sont toujours les animaux qui sont les cobayes d'essais monstrueux, et petit à petit le mode de penser changera ajoutant de nouveaux types de perception, de nouveaux modes de raisonnement, de nouvelles façons d'imaginer.

On peut facilement imaginer que l'ingénierie génétique préfigure un eugénisme de type nouveau ouvrant la voie à une transhumanité.

On trouve déjà normal de créer des porcs avec des gènes humains et de les cloner pour se servir de leurs organes en cas de transplantations urgentes qui nécessitent une compatibilité du code génétique.

Une indicible frayeur commence à se faire jour parmi les hommes et femmes qui se rendent compte de l'énormité des responsabilités que peuvent engendrer des monstres façon Pokémon humains et transhumains! Nous approchons dangereusement des HGM (hommes génétiquement modifiés).

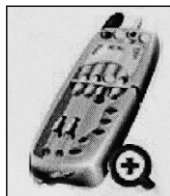
Marie Meissner, Vernier



Bernhard Hess (DS):

Le téléphone portable pistolet: une nouvelle arme effrayante

Il ressemble à un téléphone portable dernier cri. Mais il suffit d'appuyer sur une touche pour tuer quelqu'un: le pistolet incorporé dans le portable est une nouvelle arme effrayante. Dans le boîtier, quatre canons sont cachés et dans chacun d'eux se trouve une balle de calibre 22. Pour faire feu, il suffit d'appuyer sur les touches comme pour composer un numéro de télé-



phone. Ce nouveau type d'arme représente un danger énorme pour les policiers. Un trafiquant d'armes croate a été arrêté en possession de 10 téléphones-pistolets de calibre 22, arrestation qui n'a pas été rendue publique. Le trafi-

quant comptait les faire passer en fraude en Suisse avec 91 pistolets, 26 silencieux et un lot de 400 munitions. Les aéroports suisses et les points de passage aux frontières ont-ils renforcé la sécurité suite à l'apparition de cette arme effrayante? Quelles mesures les autorités chargées de la sécurité entendent-elles prendre pour faire face à cette nouvelle menace?

Flavio Maspoli (Lega):

Bérets jaunes aux Etats-Unis

Comment se fait-il que, malgré les signes évidents de malaise qui nous arrivent des Etats-Unis, le gouvernement suisse, par ailleurs toujours enclin à venir en aide aux nécessiteux, n'ait pas encore pris les mesures nécessaires pour envoyer nos

bérets jaunes au secours des scrutateurs américains? Il est en effet permis de penser que les autorités américaines, trop occupées à veiller sur le reste du monde, seraient extrêmement reconnaissantes de recevoir une aide en ce sens.

L'insécurité dans les transports publics

Cette plaie moderne s'étend dans toute l'Europe, et à part un 2% des voyageurs empruntant les transports publics qui essaient d'intervenir lorsque se commet un acte d'agression quelconque, personne ne bouge dans les bus, les trains ou les promenades ouvertes à tout le monde. Alors on assiste à un accroissement du chacun pour soi, la force et la malhonnêteté étant la raison du plus fort. Les «jeunes» mettent leurs pieds sur les banquettes,

ils crachent par terre, lacèrent des sièges recouverts de matières faciles à déchirer, fument dans des compartiments non fumeurs et écrasent leurs cigarettes par terre ou sur le rebord des fenêtres, quand ce ne sont pas des chewing gums collants. Les plus âgés violent des filles ou des femmes sans défense, volent leurs sacs à main, menacent les chauffeurs avec des cutters, encore beau s'ils ne les tuent pas, voyagent sans titre de transport et

brisent les vitres. En France dernièrement, trois «Jeunes» ont balancé un «étranger» par la fenêtre. D'aucuns mettront cet acte sur le racisme ou l'extrême droite. Mais c'est une grave erreur, car on laisse ainsi de côté les vraies causes de cette déchéance. Alors, félicitons les citoyens qui forment des milices privées de surveillance, la police étant en sous nombre et les surveillants dans les bus ou le métro ne pouvant être partout à la fois.

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

L'insécurité dans les transports publics*Suite de page 14*

Alors il faut chercher plus en profondeur la cause de ces comportements décadents et dangereux. Voici ma dernière histoire vraie.

En Suisse romande, il y a une émission radiophonique aux plus grandes heures d'écoute et juste avant les informations de midi qui s'appelle «Salut les petits zèbres», de Richard le chauve, émission qui a remplacé très désavantageusement l'émission de «Salut les Petits Loups» de Bernard Pichon. Pas plus tard qu'hier, les enfants d'une école d'handicapés âgés de 6 à 8 ans ont choisi la chanson: «Merde au cul» (excusez du peu) dont les paroles ne valent pas mieux. Monsieur Richard se cache derrière le libre choix impartit aux enfants. Donc une flagrante démission d'éducation de sa part comme aîné responsable. Démission des enseignants qui ne protestent pas et soutien pourrait-on croire des plus hautes instances médiatiques. Les parents de ces enfants éduqués pro-

bablement dans cette optique (à voir les expositions de tableaux peints avec des excréments et portées aux nues par des journalistes politiquement corrects), il ne faut plus s'étonner du comportement dégénéré de certains passagers dérangés dans les transports.

Qu'attendent nos députés pour édicter des mesures de police plus contraignantes afin de protéger moralement et physiquement les citoyens qui paient assez cher des impôts de toutes sortes consistant aussi à les protéger. Il y aurait moins de maladies bizarres, moins de voitures privées et moins de procès dans les tribunaux.

Après avoir entendu à mon corps défendant la chanson de Merde au cul, je félicite tous ceux qui ne bougent pas pour protester comme moi, donc qui ressemblent à ces chiffres molles n'intervenant pas lorsqu'un malfrat agresse une vieille dame, qu'un salopard aidé de quelques amis viole une jeune fille, ou qu'un assassin trucidé un chauffeur ou un contrôleur.

*Maria de Seimners,
Paris et Genève*

La déraison de certains députés

Après avoir écouté ARENA samedi passé qui est maintenant traduit en français, j'ai été très étonnée des raisons stupides avancées par certains conseillers nationaux et autres députés debouts en face des membres de l'UDC.

Comment peut-on par exemple, refuser «de voir venir»? Cette Union européenne qui est incapable de chanter à l'unisson sur l'Euro, l'Autriche, les taxes bancaires, l'immigration, la justice, les transports et le mode de votation, cette UE qui refuse d'accorder aux petits pays une place adéquate et réserve aux grands le droit de veto, et autres décisions capitales n'est pas encore suffisamment démocratique pour notre pays qui seul donne à ses citoyens le droit d'initiative, doit changer et s'améliorer avant que nous consentions à subir ses oukases et ses lois maastrichiennes. Elle doit nous montrer une monnaie forte, une immigration contrôlée selon les lois inappliquées de Schengen, avant que la Suisse s'aliène des droits qu'elle a durement acquis au cours des siècles.

C'est tellement étonnant d'entendre ces dames socialistes surtout, dire que nous devons être à l'intérieur pour influencer le cours des choses, est une idiotie totale. Nous sommes tellement petit, tellement jaloux parce que nous réus-

sissons à nous débrouiller mieux que les autres, que nos arguments seront entendus mais pas écoutés, et qu'avec condescendance on nous mettra facilement en minorité lors de votations. Cette petite voix suisse n'est pas tellement importante aux yeux de ces voisins qui ne parlent jamais de nous pour vanter nos médailles d'or aux jeux olympiques mondiaux. Ces europhiles qui traitent leurs propres compatriotes de nullités racistes ont-ils le droit et l'autorité nécessaire pour insulter une grande partie de la population qui ne pense pas comme eux parce qu'elle voit plus loin et plus clairement? Pourquoi ces pro-européens ne parlent-ils jamais du coût de cette entrée par la petite porte? Ils ont trop peur de tomber eux-mêmes d'inanition en faisant enfin des calculs exacts! En insistant sur une entrée en matière immédiate parce que les discussions seront longues et j'espère TRES précises, ne jouent-ils pas à la roulette russe? Le peuple se réveille de plus en plus et les anti-Blocher ou anti-Fehr devraient se méfier d'un retour de manivelle, cette manivelle virtuelle et utopiste qui ne repose pour l'instant que sur les couacs carabinés de l'Union européenne, à commencer par le dollar qui règne en maître sur tous les marchés boursiers.

Maria de Seimners

Le Pileri**Les Roms**

On les appelle Tziganes, gens du voyage, gypsies ou romanichels. Vivre comme eux, librement sans payer d'impôt, sans se soucier des règles élémentaires d'hygiène, s'installer avec arrogance sur n'importe quel terrain, ne gagner sa vie qu'en aiguisant quelques objets disparates qui, en général si ce sont des couteaux coupent moins bien après qu'avant, jouer, chanter et laisser leurs enfants sans surveillance et sans réprimande lorsqu'ils rentrent au camp avec de l'argent ou des bijoux volés, c'est plus que paradoxal. N'oublions pas que chaque famille a une roulotte et une voiture tractrice, donc ils sont propriétaires ambulants, toujours touristes et comme l'escargot, laissant une trace visqueuse derrière soi.

On pourrait les envier d'une certaine manière si, comme les escargots, ils se faisaient discrets et vivaient cachés; mais voilà, sur cette terre qui se rétrécit comme peau de chagrin, il n'y a plus de bois, ni de haies épaisses. Tout appartient à d'autres êtres humains établis sur le même terrain, mais ceux-là paient très cher cette place au soleil. Pourquoi donc ne pourrait-on pas exiger de ces gens de s'installer quelque part et de faire comme les autres habitants de cette planète, partir en voyage touristique dès que le coeur vous en dit.

Tant qu'il y aura ces deux poids et ces multiples mesures internationales, tant que les uns voudront par force s'installer chez les autres, les larcins en plus, il y aura des conflits larvés, des frustrations rageuses, et

des dérapages possibles. Décidément, notre société organisée est boiteuse.

Réfugiés, dealers et migrants

Voilà qu'on parle des Tchadiens qui sont renvoyés manu militari de Libye où ils s'étaient installés comme migrants au comme réfugiés. Ce sont des milliers d'étrangers au pays qui fuient devant les pogroms et où vont-ils? Ils retournent chez eux et ils poussent un soupir de soulagement. On peut comparer ce cas aux Tchétchénes, aux Afghans, aux Kurdes, aux Magrébins en Espagne, aux Turcs en Allemagne, aux Kosovars chez nous, aux Africains en France, aux Albanais en Italie, aux Tamouls au Sri Lanka, etc.

C'est la grande lèpre du siècle qui peut être comparée aux gens du voyage, en plus coûteux et en moins organisés, puisque que eux, réclament nourriture et un toit sur la tête quand ce ne sont pas des soins médicaux, allant des carriés dentaires aux folies de l'esprit... (En Suisse les caisses maladie refusent dorénavant d'assurer les clandestins, autre race montante). Décidément, nous sommes entrés dans une ère de bouleversements planétaires dont les Etats Unis ont été les précurseurs. Mais les hordes européennes qui débarquèrent sur le vieux-nouveau continent s'affublèrent du nom de pionniers, et l'occupation des terres fut radicale. Ils pratiquèrent la politique du vide par l'assassinat des autochtones (ce qui pourrait bien nous arriver un jour), afin de laisser entrer tous les immigrants volontaires. Pour faire

bon poids, ils allèrent chercher par bateaux entiers des Africains pour en faire des esclaves.

Jusqu'à ce jour, aucun gouvernant et aucun responsable du sort national, n'a eu le courage de prendre des mesures adéquates pour protéger l'ordre divin qui avait prévu des Noirs en Afrique, des Rouges en Amérique, des Jaunes en Asie et des Blancs en Occident. Les peuples assistent aujourd'hui à la plus grande manifestation de l'ange déchu qui procède, sans coup férir au mélange des ethnies et des races que le Tout Puissant n'avait pas voulu. Evidemment cette guerre n'attaque pas directement nos corps, mais elle détruit notre esprit, et c'est beaucoup plus grave. Retournons-nous au moyen-âge où ces modalités étaient peu ou prou semblables?

Tags et Publicité

Notre époque produit de drôles de zèbres. Après les taggeurs pollueurs en herbe qui détruisent l'aspect élégant de notre environnement et qui disparaissent comme des sauterelles pour perpétrer leur forfait ailleurs, voilà les publicitaires qui s'en mêlent en utilisant des bandes de papier colorées qu'ils collent sur les véhicules publics. Croyez-vous que nos édiles réagis-

sent à cette nouvelle atteinte à l'aspect de nos transports publics avec vitres claires? Lorsque les touristes qui parcourent en bus ou tramways nos rues jusque dans nos faubourgs pour admirer à meilleur marché nos édifices d'époque, nos fontaines ou notre lac, doivent se tordre le cou ou se lever pour dénicher une petite ouverture entre deux réclames ou un interstice mal placé pour la perspective, refuseront l'escalade genevoise ou bâloise ou bernoise à cause d'une mode publicitaire aberrante, peut-être assisterons-nous à une réaction intelligente de nos autorités?

Les migrants s'organisent

Furieux de voir la CFE rattachée au département militaire, les étrangers viennent de créer un Forum composé des membres démissionnaires de la CFE (Commission fédérale pour les étrangers). Qu'ils prennent des mesures et toutes les dispositions qui leur semblent adéquates, c'est évidemment leur affaire. Mais qu'ils s'adressent de prime abord et avant tout résultat probant à la Confédération pour recevoir une subvention de fr. 700.000 (excusez du peu) que l'«on pourrait ponctionner des fonds prévus pour la campagne d'intégration», c'est le pied.

Octopus

**Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten** **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch



Tierinitiative eingereicht

Vor wenigen Tagen konnte Franz Weber sein Volksbegehren «Tiere sind keine Sachen», welches durch die SD tatkräftig unterstützt wurde, bei der Bundeskanzlei einreichen. Über 126'000 Personen gaben ihre Unterschrift für einen Verfassungsartikel, wonach Tiere als Lebewesen mit Würde, Empfindung und Schmerz zu achten sind. Die SD beglückwünschten den eindrucklichen Sammelerfolg.



Referendum gegen Militär-Einsätze im Ausland

Bereits ist die Hälfte der Referendumsfrist bezüglich Teilrevision des Militärgesetzes erreicht, die schweizerische Militär-Einsätze im Ausland ermöglichen und unsere Waffenplätze auch ausländischen Truppen öffnen will. Haben Sie in Ihrem Bekanntenkreis Ihre Unterschriften schon gesammelt? Gerade die kommenden Festtage eignen sich äusserst gut dazu, im Freundeskreis die Unterschriftenbogen weiterzureichen. Weitere Bogen können Sie auf dem SD-Sekretariat bestellen.



Geschenkabonnement

Der «Schweizer Demokrat» bildet ein Gegengewicht zur politisch weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft. Wir bitten Sie deshalb, noch weitere heimat-treue Abonnentinnen und Abonnenten zu gewinnen.

– Schenken Sie zu Weihnachten einem Freund oder Bekannten ein SD-Abonnement (Siehe nebenstehenden Talon)

– Nennen Sie uns Adressen von Bekannten und Gesinnungsfreunden, denen wir gratis und unverbindlich Probenummern des «Schweizer Demokrat» zustellen können. Die Adressen können Sie uns brieflich, per Fax, per E-Post oder telefonisch (siehe Impressum) zukommen lassen.



SD-Geschenkabonnement!

Ich übernehme hiermit ___ Expl. SD-Geschenk-Abonnement(s) für ein Jahr

Lieferanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



**Für Ihre Unterstützung und Ihre Sympathie,
die Sie uns im zu Ende gehenden Jahr entgegen-
gebracht haben, danken wir von Herzen.**

Ihre SD-Geschäftsleitung

SD konsequent gegen die Ver- schleuderung des Bürgerrechts

Der Bundesrat will erleichtert einbürgern, um so den Anteil der Ausländer an der Bevölkerung massiv zu reduzieren. Mit der Schaffung eines neuen Status «Assimilierte» bekäme er insofern freie Hand, dieses Ziel rasch zu erreichen, als er definieren würde, wer assimiliert ist. **Die SD lehnen einen Einbürgerungszwang für hier Geborene, ein klagbares Einbürgerungsrecht und vor allem die leider eingeführte Doppelbürgerschaft ab.** Sollte das Bürgerrecht in diesem Sinne revidiert werden (was leider anzunehmen ist), werden die SD unverzüglich das Referendum ergreifen und anschliessend einen äusserst aktiven Abstimmungskampf führen.

*Hans Steffen, a. Nationalrat,
Fischenthal,
Bernhard Hess, Nationalrat, Bern*

Leserinnen und Leser fragen – unsere Redaktion antwortet:

Herr Willi Schüpbach aus Bern fragt, wie sich die SD zum Bergier-Bericht, insbesondere nach den neuen Vorwürfen betreffend Sinti und Roma, äussern:

Schweizer Demokraten (SD) distanzieren sich vom Bergier-Bericht

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Bergier-Flüchtlingsbericht als einseitig, selbstgerecht und parteiisch. Insbesondere linke Historiker aus dem In- und Ausland massen sich an, aus heutiger Sicht über die damalige Schweiz und die verantwortlichen Behörden zu Gericht zu sitzen. Der Bericht verkennt, dass die verantwortlichen Behörden und das Schweizer Volk unter schwierigsten Umständen eine hervorragende Gesamtleistung erbracht haben. Sie haben unser Land und seine Bevölkerung – darunter auch 300'000 Internierte und Flüchtlinge – vor den Schrecken des Krieges und der möglichen Besetzung, vor Tod, Hunger und Elend bewahrt. **Insbesondere unterschlägt der parteiische Bergier-Bericht auch, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges mehr jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land.**

Der Bergier-Flüchtlingsbericht wird der damaligen äusserst schwierigen Kriegs-Situation keineswegs gerecht. Die SD fordern den Bundesrat deshalb eindringlich auf, diesen einseitigen Bericht zurückzuweisen und insbesondere auf erneute Entschuldigungen und auf Büssertum zu verzichten.

*Bernhard Hess, Nationalrat, Bern,
und Hans Steffen, a. Nationalrat, Fischenthal*